

VIII Widerstand, Alltag und Repressionen

Der Widerstand gegen die deutschen Besatzer beeinflusste den Alltag und die Arbeit polnischer Bürgermeister im GG in verschiedenem Ausmaß. Der Verdacht einer Zusammenarbeit mit dem Widerstand war ein häufiger Grund für die Verhaftung von Bürgermeistern, obwohl die Widerstandsorganisationen nicht allen Bürgermeistern trauten und nicht mit allen zusammenarbeiten wollten. Nach dem Krieg schrieben Bürgermeister – ähnlich wie andere Gruppen der polnischen Gesellschaft – dem Widerstand einen hohen Stellenwert zu und erinnerten oft und gerne an ihn. Diese Beschäftigung mit dem Widerstand befreite sie davon, sich mit ihrer Kollaboration und dem Judenmord auseinanderzusetzen. Ihre vermeintliche Nähe zum Widerstand implizierte, dass sie nicht mit den Besatzern kollaboriert, sondern sie heimlich bekämpft hatten. Ebenso deutete sie an, dass für die Verfolgung und Ermordung der Juden alleine die Besatzer verantwortlich gewesen waren.

Da die polnische Regierung im Londoner Exil weiterwirkte, waren polnische Bürgermeister während der Besatzung grundsätzlich zwei politischen Systemen untergeordnet. Die Gesetzgebung der Besatzer verpflichtete sie zur Treue gegenüber Hans Franks Regierung. Die meisten Ortsvorsteher sahen aber auch das polnische Exilkabinett in London als legitime Regierung an. Da die AK, die der Exilregierung unterordnet war, einen Untergrundstaat im GG aufbaute und einen eigenen Verhaltenskodex erließ, war die Präsenz der Regierung durchaus spürbar. Die Loyalitätsforderungen der Besatzer als auch der polnischen Regierung brachten die Bürgermeister in eine schwierige Lage und ihr tatsächliches Verhalten nahm in der Praxis sehr unterschiedliche Formen an. Während einige Bürgermeister tatsächlich in Kontakt mit der polnischen Regierung in London standen, kannten andere höchstens den lokalen Kader der AK oder einer anderen Widerstandsorganisation. Ihre deutschen Vorgesetzten wussten oder vermuteten oft, dass die Bürgermeister bzw. andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung Kontakt zum Widerstand unterhielten. In der Regel unternahmen sie dagegen nichts, weil diese Kontakte sich schlecht nachweisen ließen und weil sie für die Kreis- und Stadthauptmänner, die vom Widerstand gefährdet waren, vorteilhaft sein konnten. Anders verhielt sich die Sipo, die wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit dem Widerstand Ermittlungen gegen Bürgermeister einleitete.

Alltag

Trotz der Besatzung und der sich sukzessive verschlechternden materiellen Situation und der schweren Arbeit in der Verwaltung gingen das öffentliche und private Leben polnischer Bürgermeister weiter. Obwohl insgesamt wenige Quellen dazu vorliegen, ist es wichtig auch diesen Aspekt der Besatzung zumindest ansatzweise zu rekonstruieren. Informationen dazu finden sich unter anderem in den Erinnerungen von Konstanty Kozakiewicz, Julian Kulski, Stanisław Rybicki und Władysław Okulus. Bei der Auswertung dieser Memoiren fällt auf, dass der Alltag der Bürgermeister zwar von der Politik der Besatzer überschattet war, aber ihr privates und familiäres Leben trotzdem weiterging und sie sich auch weiterhin für den Alltag in ihren Kommunen interessierten und daran teilnahmen.

Kozakiewicz schrieb in seinen Memoiren, dass Ende Juli 1941, als Deutschland seine Siege gegen die Rote Armee feierte, der Organist und Witwer Jan Kardaszewski Basia Zawiszanka heiratete. Da Kardaszewski 57 und Zawiszanka 17 Jahre alt waren, sorgte diese Vermählung für Gesprächsstoff in Przedbórz. Kozakiewicz kommentierte: „In diesen schwierigen Zeiten erlebt Przedbórz Sensationen ohne Ende.“¹ In ähnlich sarkastischer Weise kommentierte er das Verhalten der volksdeutschen Kindergärtnerin Olga Kubatz, die damit prahlte, Deutsch mit Berliner Akzent zu sprechen. Kozakiewicz schrieb, dass sie diesen Akzent beim Weiden der Kühe gelernt habe und fügte hinzu, dass der Lehrer Drossel sie wegen ihrer zahlreichen Liebesaffären eine „gemeine Hure“ genannt habe.² Ebenso war er nicht gut auf den Bäcker Władysław Szafrąński zu sprechen, der Torten mit dem Hakenkreuz schmückte und diese an hochgestellte deutsche Beamte in der Umgebung schickte, bis ihm der Kreishauptmann dies verbot.³ Als ab Oktober 1941 die *Krakauer Zeitung* und andere Zeitungen im GG nicht mehr in der altdeutschen Schrift gedruckt wurden, bemerkte Kozakiewicz dazu, dass die Deutschen sich europäisierten.⁴

Der Alltag und das Privatleben waren eine Ebene, auf der es zum persönlichen Austausch zwischen Deutschen und Polen kam. Anfang Januar 1940 schrieb der Arzt Klukowski in sein Tagebuch, dass ein deutscher Offizier zur Taufe des Enkels des Bürgermeisters Jan Franczak gekommen sei. Er saß zusammen mit den anderen Gästen am Tisch, obwohl der Vater des Kindes ein polnischer Offizier war, der noch nicht aus Rumänien zurückkehrt war.⁵ Wie in anderen Städten nahm wäh-

1 Kozakiewicz, *Pamiętnik burmistrza miasta Przedborza*, S. 151.

2 Ebenda, S. 155.

3 Ebenda, S. 125, 155.

4 Ebenda, S. 157.

5 Klukowski, *Zamojszczyzna*, Bd. 1, S. 134.

rend der Besatzungszeit auch in Szczepieszyn der Konsum vom Alkohol zu. Die Besatzer tolerierten bzw. begrüßten und unterstützten diese Entwicklung sogar. Der Szczepieszyner Bürgermeister Borucki suspendierte zwar im Januar 1940 zwei Angestellte und einen Chauffeur wegen übermäßiger Trinkerei, trank jedoch selbst Alkohol.⁶

Die materielle Lage der Bürgermeister verschlechterte sich wie die eines Großteils der polnischen Bevölkerung. Stanisław Rybicki, der Bürgermeister von Tschenschau, verarmte aufgrund der Besatzungspolitik, wobei er dennoch besser gestellt war als viele andere Polen. 1940 nahmen ihm die Besatzer sein Gutshaus in Panki mitsamt der Einrichtung weg, das seine Frau bereits seit 20 Jahren verpachtet hatte. Das Haus bekam stattdessen ein Reichsdeutscher. Um seinen Lebenserhalt zu sichern und weiterhin anderen Menschen zu helfen, verkauften Rybicki und seine Frau verschiedene Gegenstände und Wertsachen.⁷

Rybicki schrieb, dass er während der Besatzung auf Freizeitaktivitäten wie Theater oder Kino verzichtet habe. Obwohl im GG viele Polen ins Kino und ins Theater gingen, vertrat er, ähnlich wie der polnische Widerstand, die Meinung, dass ein „anständiger Pole“ nicht ins Kino gehen sollte. Nachdem sich bereits am Beginn der Besatzungszeit in einem Lokal Deutsche, die ihm vom Dienst bekannt waren, zu ihm an den Tisch gesetzt hätten, besuchte er auch keine Cafés mehr. Ihre Anwesenheit war ihm unangenehm, weil das Café ein öffentlicher Ort war. Selbst als Lokale „nur für Deutsche“ in Tschenschau geöffnet wurden, habe er den Besuch von Cafés unterlassen, um eine eventuelle Begegnung mit deutschen Arbeitskollegen zu vermeiden.⁸

Rybicki konnte sich über einen Mangel an öffentlichen Veranstaltungen in Tschenschau jedoch nicht beklagen. Das Hilfskomitee sowie die Klöster und Waisenhäuser nutzten seinen Geburtstag und andere Anlässe, um Akademien zu initiieren und verschiedene Treffen zu organisieren. Zu diesen Zusammenkünften wurden Familien und Nachbarn der Mitarbeiter sowie deren Freunde und Bekannte eingeladen. Gegen Ende der Besatzungszeit fanden bereits so viele solcher Veranstaltungen statt, dass das Hilfskomitee sie koordinieren musste. Bei den Geburtstagsveranstaltungen trugen die Kinder dem Bürgermeister Gedichte vor, sangen Lieder für ihn und tanzten auf der Bühne.⁹

Weil Rybicki und andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung öffentliche Lokale mieden, trafen sie sich privat in ihren Wohnungen. Bei diesen Treffen tauschten

⁶ Ebenda, S. 208.

⁷ Rybicki, Na trudnym posterunku, Teil: Dom i Rodzina, in: AMCz, III 1086, o. P; Rybicki, Pod znakiem Iwa i kuka, S. 70.

⁸ Rybicki, Pod znakiem Iwa i kuka, S. 249–251.

⁹ Ebenda, S. 248–249.

sie sich über im Radio gehörte Nachrichten aus oder entspannten sich beim Kartenspielen. In der Regel zogen sich diese Treffen wegen der Sperrstunde nicht bis in den späten Abend hin. Die Sperrstunde trug auch dazu bei, dass die Kontakte zwischen Familienmitgliedern und Nachbarn enger wurden. Nach dem Krieg erinnerte sich Rybicki gern an die Zeit, die er mit seinen drei Söhnen zusammen verbringen konnte.¹⁰

Als Bürgermeister nahm Rybicki an verschiedenen Jubiläen und auch an informellen Veranstaltungen teil. Dazu zählten unter anderem das Jubiläum des Chefarztes der Abteilung für Geschlechtskrankheiten, Paweł Szaniawski, das mit einer Messe begann und mit einem feierlichen Frühstück fortgesetzt wurde. Bei einigen Veranstaltungen wurde reichlich Alkohol konsumiert. Auf einem Fest der Feuerwehr, bei dem Rybickis Begleiter Jan Pisowicz auf den Wunsch des Bürgermeisters Toaste ausrief, war Piesowicz schließlich dermaßen betrunken, dass er den Saal alleine nicht mehr verlassen konnte.¹¹ Nach Feierlichkeiten, die bis spät in die Nacht dauerten, fuhr das Auto der Feuerwehr die Gäste nach Hause, um ihnen Unannehmlichkeiten wegen der Sperrstunde zu ersparen. So war es unter anderem nach der Weihnachtsfeier in der Feuerwehrwache und nach der Silvesterparty 1943 in Rybickis Wohnung.¹²

Aus den Aufzeichnungen des Bürgermeisters Kulski geht hervor, wie er den Krieg finanziell überstand. Um seinen Lebensstandard zu sichern, verkaufte er zu Beginn des Krieges für 50.000 Złoty einen großen goldenen Ring mit einem Brillanten, den er von seinem Vater geerbt hatte. Davon konnte er die Schulden aus der Vorkriegszeit zurückzahlen und die Schäden in seiner Villa in der Alojzy Feliński Straße 23 reparieren lassen, die im September 1939 beschädigt worden war. Anschließend verkaufte er die Villa, durfte jedoch bis Kriegsende in dem Gebäude wohnen bleiben. Für den Verkaufserlös erwarb er eine zweite Villa, Baujahr 1912 mit zwei Hektar Land in Baniocha bei Warschau. Dadurch besaß er eine Wohnung in Warschau, einen Bauernhof mit Gewächshäusern und Obstbäumen, um den sich seine Frau kümmerte und auf dem während der Besatzungszeit kostbares Essen angebaut werden konnte, und einen dauerhaften Wohnsitz in seiner Villa in Żolibórz.¹³ Obwohl sich die Lage der Mitarbeiter der Warschauer Stadtverwaltung während der Besatzungszeit insgesamt verschlechterte, konnten sie trotzdem Urlaub im Erholungsheim in Dąbrowa Leśna verbringen. Seit April 1943 standen ihnen dort auch Fahrräder zur Verfügung.¹⁴

¹⁰ Rybicki, *Pod znakiem lwa i kruka*, S. 348.

¹¹ Ebenda, S. 346–347.

¹² Ebenda, S. 344–345.

¹³ Kulski, *Z minionych lat życia*, S. 288–289.

¹⁴ Do Pana Kom. Burmistrza, 12.4.1943, APW, KBMW, Bd. 56, Bl. 175.

Widerstand und Sabotage

Die Kontakte zwischen polnischen Bürgermeistern und dem polnischen Widerstand waren komplex und teilweise intensiv, zumal viele Bürgermeister Veteranen der polnischen Armee waren, sich als Patrioten verstanden und grundsätzlich bereit waren, gegen die Besatzer zu kämpfen. Dabei sollte jedoch betont werden, dass der Widerstand den Bürgermeistern nicht uneingeschränkt vertraute, weil sie Beamte des GG waren. Während einige Bürgermeister nur Kontakt zu den lokalen Einheiten der AK oder der Volksarmee hatten, blieben andere auch in Verbindung mit der polnischen Exilregierung in London. In der Regel konnten Bürgermeister dem Widerstand nur bedingt wichtige Informationen oder Dokumente übergeben, während Mitarbeiter anderer Ämter wie etwa der Distriktämter dazu durchaus in der Lage waren.¹⁵ Weil sie als Mitglieder der Stadtverwaltung jedoch gleichzeitig zur Bekämpfung des Widerstands verpflichtet waren, befanden sie sich in einer sehr komplizierten und gefährlichen Lage.

Die Bekämpfung des Widerstands wurde zwar erst 1942 zu einer prioritären Aufgabe der Besatzungspolitik, aber die Wehrmacht, Bürgermeister und Kreishauptmänner warnten bereits Anfang 1940 vor der Unterstützung von Widerstandsgruppen. Der Bürgermeister von Grójec, Antoni Wojdak, gab am 1. Januar 1940 die Anordnungen der Wehrmacht zum Umgang mit Saboteuren bekannt. Schon zu dieser Zeit warnte er davor, dass jede Person, die deutschen Soldaten „irgend welchen Schaden“ zufüge, „auf der Stelle erschossen und seine Familie streng bestraft“ würde. Falls der Saboteur nicht ermittelt werden könne, sollten „aus den nahestehenden Orten, bei denen die Sabotage begangen wurde, viele unbeteiligte Polen – Männer und Frauen – als Geiseln festgesetzt und mit den schwersten Strafen“ belangt werden. Zu dieser Zeit wurden als Sabotageakte unter anderem „Schiessen auf deutsche Soldaten, Abbrennen von Gebäuden, in denen Militär liegt, [und] Beschädigung von Einrichtungen, Apparaten oder Fahrzeugen der deutschen Wehrmacht“ definiert. Seinen Aufruf schloss Bürgermeister Wojdak mit dem Satz: „Jeder bedenke, dass Sabotage kein Patriotismus ist, dass ein solches Tun unverantwortlich, leichtfertig ist, und dass jede Sabotage gewissenlos mit dem Leben seiner unschuldigen Mitbewohner spielt“.¹⁶

In Warschau spielte der Widerstand eine besonders wichtige Rolle. Bürgermeister Kulski, sein Vorgänger Starzyński und die Stadtverwaltung von Warschau unterstützten den Widerstand bereits während seiner Gründungsphase im September 1939. Unmittelbar nach der Kapitulation wurden Informationen aus den

¹⁵ Żukowska, Na skraju dwóch światów, S. 139.

¹⁶ Aufruf an alle Einwohner von Grojec, 1.1.1940, APMG, AMGr, Bd. 539, Bl. 152.

Personalakten der Mitarbeiter der Stadtverwaltung entfernt, etwa über ihren Dienst in der polnischen Armee. Ähnliche „Säuberungen“ nahmen polnische Mitarbeiter auch in den Personalakten einiger Ministerien vor. Am 29. September 1939 traf sich der Stadtpräsident Starzyński mit dem General und wichtigen Vertreter des Widerstands Michał Karaszewicz-Tokarzewski und erklärte sich dazu bereit, den Widerstand weitestgehend zu unterstützen. Starzyńskis Vertreter Henryk Pawłowicz stellte Karaszewicz-Tokarzewski und einige Offiziere des Widerstands bei der Stadtverwaltung ein und versorgte sie mit Personalausweisen, die auf die Namen fiktiver Personen ausgestellt wurden. Zu diesem Zweck wurden im Meldeamt neue Personalakten erstellt. Die neuen Angestellten erhielten weiterhin Dienstaussweise der Stadtverwaltung, mit denen sie sich frei in der Stadt bewegen konnten.¹⁷ Seit dem Beginn der Besetzung wurde der polnische Widerstand in Warschau von der Stadtverwaltung auch finanziell unterstützt. Von deutschen Beamten durchgeführte Kontrollen der Finanzunterlagen waren nicht in der Lage, diese illegale Finanzierung aufzudecken.¹⁸ Die Stadtverwaltung verfügte über ausreichende Geldmittel, weil ihr die polnische Regierung im September 1939 40 Millionen Złoty hinterlassen hatte.¹⁹

Ab 1941 wurde es schwieriger neue Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung anzustellen, weil dafür die Zustimmung der Stadthauptmannschaft notwendig war. Trotzdem konnte Pawłowicz den Kommandanten der AK Stefan Rowecki als Statistikspezialisten im Meldeamt der Stadtverwaltung „einstellen“.²⁰ Die Dienstaussweise der Stadtverwaltung schützten die Mitglieder des Widerstands vor Verhaftungen und Deportationen und erleichterten ihnen dadurch die Arbeit im Untergrund.²¹ Im Gegenzug wollte die Stadtverwaltung vom Widerstand bzw. der polnischen Exilregierung wissen, ob ihre Mitarbeiter den Treu- oder Diensteid ablegen durften. Damit erklärte sich der Widerstand einverstanden, weil eine Ablehnung dieses Eides zu Konflikten mit den Besatzern hätte führen können.²²

Das erste Treffen zwischen Bürgermeister Kulski und Vertretern des Widerstands fand Ende 1939 statt. Kulski äußerte bei dieser Gelegenheit seine Bereitschaft, den Widerstand zu unterstützen, zumal er selbst Reserveoffizier der polnischen Armee war. Viele Treffen mit dem Widerstand fanden in Kulskis Büro im Rathaus statt. Diese Vorgehensweise war ungefährlich, weil die Mitglieder des Wi-

¹⁷ Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 21–22.

¹⁸ Ebenda, S. 90–91.

¹⁹ Kulski, *Zarząd Miejski Warszawy*, S. 118. Im Unterschied zu Kulski ging Pawłowicz von 20 Millionen aus, siehe Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje*, S. 90.

²⁰ Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 53.

²¹ Julian Kulski, *Z lat okupacji hitlerowskiej*, S. 8, in: AAN, *Akta Juliana Kulskiego*, Bd. 17. o. P.

²² Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 58–59.

derstands, die Kulski besuchten, „offiziell“ Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren.²³ Einige Male traf Kulski den Delegierten der polnischen Exilregierung Cyprian Ratajski und dessen Nachfolger Jan Jankowski. Ratajski, der vor dem Krieg Präsident von Posen gewesen war, beriet Kulski, wie er mit einigen schwierigen Mitarbeitern der Stadthauptmannschaft wie Ernst Dürrfeld umgehen sollte.²⁴

Einige Male brachte der Widerstand den Bürgermeister in schwierige Situationen, etwa als der Stadtstrand an der Weichsel an eine Stelle verlegt werden sollte, wo sich ein geheimes Munitionsmagazin der AK befand. Dank der Unterstützung seiner Mitarbeiter, die ebenfalls gute Beziehungen zu den Besatzern pflegten, konnte Kulski die Entdeckung dieses Depots verhindern.²⁵ Der Widerstand betrachtete Kulski offensichtlich als seinen Mann bzw. als eine wichtige Vertrauensperson. Deshalb bestand er darauf, dass er die Stelle des Bürgermeisters während der gesamten Besatzung behielt.²⁶ Kulski half außerdem dem ehemaligen polnischen Minister Antoni Olszewski dabei, eine umfangreiche Dokumentation über die deutsche Besatzung für die Regierung in London vorzubereiten. Er ging davon aus, dass es Lesern in anderen Ländern schwerfallen würde, zu glauben, was im GG geschah.²⁷

Über Kulskis Kontakte mit dem Widerstand wussten der Stadthauptmann Leist und eventuell auch andere Mitarbeiter der Stadthauptmannschaft und des Distriktsamts Bescheid. Leist sprach den Bürgermeister einige Male darauf an, sowohl bevor als auch nachdem sein Auto am 8. Januar 1944 vom Widerstand beschossen worden war. Er wollte, dass Kulski an den Widerstand appellierte, mit den Terrorakten gegen Deutsche aufzuhören, weil diese zu Repressionen der Sipo gegen die polnische Bevölkerung führen würden, wodurch der Teufelskreis des Terrors weiter angekurbelt werden würde.²⁸ Kulski informierte den Widerstand auch darüber, welche deutsche Mitarbeiter der polnischen Bevölkerung gegenüber feindselig und welche freundlich eingestellt waren. Aus diesem Grund verzichtete der Widerstand auf ein Attentat auf Leist.²⁹

Kulski nahm nicht am Warschauer Aufstand teil und war in seine Vorbereitung nicht einbezogen. Die AK weihte ihn offensichtlich nicht ein, weil sie befürchtete, dass er strategisch wichtige Informationen an seine deutschen Vorgesetzten verraten könnte. Erst am 1. August gegen 11 Uhr erhielt er von der AK die offizielle

²³ Kulski, Zarząd Miasta, S. 43.

²⁴ Kulski, Z minionych lat życia, S. 270–271.

²⁵ Kulski, Zarząd Miasta, S. 45–47.

²⁶ Ebenda, S. 47–49.

²⁷ Kulski, Z minionych lat życia, S. 304–306.

²⁸ Kulski, Zarząd miejski, S. 47–48, 70–71; AAN, Akta Juliana Kulskiego, Bd. 12, Bl. 87.

²⁹ Kulskis Aussagen, 29.1.1947, AIPN, GK 196/77, Bd. 7, Bl. 237–238, 244.

Mitteilung, dass der Aufstand um 17 Uhr beginnen würde und dass er mit einigen weiteren Beamten nach dem Dienst im Rathaus bleiben sollte. Anhand der allgemeinen Ereignisse in der Stadt, vor allem an der Nervosität seiner deutschen Kollegen und dem Verhalten seines 15-jährigen Sohns, der im Widerstand war, ahnte er bereits während der letzten Julitage, dass bald ein Aufstand größeren Ausmaßes beginnen würde. Die AK hatte vor, das Warschauer Rathaus zum Sitz des Delegierten der Londoner Regierung für die Stadt Warschau zu machen. Dieses Amt wurde Marcelli Porowski anvertraut. Porowski sollte nach dem erfolgreichen Verlauf des Aufstands zum Bürgermeister Warschaus ernannt werden bzw. dieses Amt mit Kulski teilen.³⁰

Wie geplant blieb Kulski am 1. August nach Dienstschluss mit einigen Mitarbeitern im Rathaus und verließ es in den darauffolgenden Tagen nicht. Am 3. August konnte er beobachten, wie die AK den Brühl-Palast stürmte, in dem sich das Amt des Distriktchefs Fischer befand. Am 4. und 5. August überzeugte Kulski Porowski davon, ihn vom Dienst zu entbinden. Porowski übernahm den Bürgermeisterposten und galt fortan zumindest für die AK, die Londoner Regierung und die Aufständischen als Bürgermeister bzw. Stadtpräsident der ehemaligen polnischen Hauptstadt. Porowski ging davon aus, dass der Aufstand eine Woche lang dauern würde und beabsichtigte, die Verwaltung in Warschau und Umgebung zu kontrollieren.³¹

Zwischen dem 5. und 27. August hielt sich Kulski bei verschiedenen Personen in der Altstadt auf, wo es zu den schwersten Kämpfen zwischen Deutschen und Polen kam. Erst Ende August konnte er durch die Abwasserkanäle zu seinem Haus in Żolibórz gelangen. Im Gegensatz zur Altstadt wurde in Żolibórz nur wenig gekämpft. Unterwegs verletzte sich Kulski jedoch schwer. In seinem Haus traf er seinen Sohn Julian Eugeniusz wieder, der als Mitglied der AK gegen die Deutschen gekämpft hatte, aber wegen Rippenfellentzündung einige Tage zu Hause bleiben musste. Als es ihm wieder besser ging, brachte Kulski seinen Sohn zu seiner Kompanie zurück. Ein paar Tagen später musste Kulski Warschau wegen Kämpfen in Żolibórz verlassen, wo sich seine Villa befand.³²

Wie viele andere Warschauer gelangte er in das Durchgangslager in Pruszków, wurde jedoch wegen seiner Verletzungen nicht als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert, sondern konnte nach seiner Entlassung zuerst bei Familienmitgliedern in Komorów unterkommen und anschließend bis zur Befrei-

30 Kulski, *Z minionych lat życia*, S. 307–312; Stopa, Julian Kulski, S. 202, 205.

31 Kulski, *Z minionych lat życia*, S. 307–312; Stopa, Julian Kulski, S. 202, 205.

32 Kulski, *Z minionych lat życia*, S. 312–319.

ung durch die Rote Armee am 17. Januar 1945 in seinem Haus in Baniocha bleiben.³³

Während Kulski sich in Baniocha aufhielt, nahmen das Amt des Gouverneurs von Warschau und der Stadthauptmann Leist Kontakt zu ihm auf. Sie forderten ihn auf, eine Behörde in Żyrardów zu leiten, die das Vermögen der Stadt Warschau auflösen und die Evakuierung der Bevölkerung unterstützen sollte. Nach eigenen Angaben drängten auch der polnische Widerstand und die Londoner Regierung Kulski dazu, dieses Angebot anzunehmen und weiter mit den deutschen Besatzern zusammenzuarbeiten. Kulski sagte jedoch beiden Seiten ab, weil er befürchtete, nach dem Krieg der „Kollaboration“ bezichtigt zu werden. Diese Sorge wuchs gegen Ende der Besatzungszeit immer mehr und eine mögliche Anschuldigung wegen Kollaboration stellte für Kulski und viele andere polnische Bürgermeister eine äußerst unangenehme und gefährliche Bedrohung dar. Aus Kollegialität und Freundschaft half der Stadthauptmann Leist Kulskis Sohn, der am Warschauer Aufstand teilgenommen hatte und sich anschließend in einem kritischen gesundheitlichen Zustand in einem Lager befand.³⁴

Außer Kulski unterstützten auch andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung den polnischen Widerstand. Der Widerstand veröffentlichte während der Besatzung Verhaltenskodexe, wie sich Polen den deutschen Besatzern gegenüber richtig verhalten sollten. Freundschaftliche oder sexuelle Kontakte mit den Deutschen waren in allen Kodexen grundsätzlich verboten. Personen, die sich daran nicht hielten, sollten aus der polnischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. In der Broschüre „Überaus loyale Beamte“ (*Arcylojalni urzędnicy*) von 1942 wurde präzisiert, dass „nicht das bloße Faktum der Arbeit für den Besatzer oder die Besatzungsmacht ein Verbrechen gegenüber der polnischen Republik ist, sondern die Art und Weise, wie diese Arbeit ausgeübt wird“.³⁵

Die Stadtverwaltung Warschau half dem Widerstand seit dem Beginn des Krieges auf vielfache Weise. Als es schwieriger wurde, Mitglieder des Widerstands mit falschen Dokumenten zu versorgen, half die Stadtverwaltung dabei, Dokumente zu fälschen. Zu diesem Zweck beschaffte sie dem Widerstand entsprechende Vordrucke und Stempel. Unter anderem aus diesem Grund entschieden sich die Besatzer, die Ausweise durch Kennkarten zu ersetzen. Da die Stadtverwaltungen für die Ausstellung der Kennkarten ebenfalls zuständig waren, konnten sie dem Widerstand auch hierbei helfen. Kulskis Vertreter Pawłowicz erinnerte sich: „Die

³³ Kulski, *Zarząd miejski*, S. 166–170.

³⁴ Kulski, *Zarząd miejski*, S. 166–179; Kulski, *Z minionych lat życia*, S. 330–331; Kulskis Aussagen, 28.1.1947, AIPN, GK 196/77, Bd. 7, Bl. 172.

³⁵ Szarota, *Okupowanej warszawy*, S. 435.

Fälschung der Dokumente wurde so perfekt, dass oft selbst die Fachmänner die echten von gefälschten Dokumenten nicht unterscheiden konnten“.³⁶

Die Stadtverwaltung Warschau versorgte den Widerstand außerdem mit Wohnungen, die die Gestapo nicht aufspüren konnte und die für die Arbeit der AK und ihrer Vorgängerorganisationen im Warschauer Untergrund unerlässlich waren. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verlief nach Pawłowicz' Aussage gut. Die Leiter des Warschauer Wohnungsamts wurden durch die AK sogar eingeschoren.³⁷ Mitarbeiter der Stadtverwaltung konnten darüber hinaus deutsche Mitarbeiter der Stadthauptmannschaft belauschen und dem Widerstand auf diese Weise relevante Information liefern. Hierbei taten sich unter anderem polnische Putzfrauen und Hausmeister hervor. Einige von ihnen sprachen gut Deutsch, zumal es unter Ihnen auch Akademiker und Professoren gab.³⁸ Der Leiter der Finanzabteilung Aleksander Ivánka hob hervor, dass eine verbreitete Form des Widerstands die „Schildkrötenarbeit“ gewesen sei. Diese sehr langsame Arbeit sei aber in der Stadtverwaltung nur begrenzt möglich gewesen, weil die Stadtverwaltung damit nicht nur den Besatzern, sondern auch der polnischen Bevölkerung geschadet hätte.³⁹

Mitarbeiter der Stadtverwaltung Warschau, die im September 1939 als Soldaten festgenommen worden waren, organisierten sich in dem Kriegsgefangenenlager Woldenberg (Dobiegniew), in dem insgesamt 7.000 Offiziere festgehalten wurden. Obwohl sich die Mitarbeiter vor ihrer Verhaftung nicht gekannt hatten, fanden sie sich schnell zusammen und bildeten eine Gruppe, die sich regelmäßig traf und im Herbst 1942 sogar eine Kunstaussstellung organisierte. Die Arbeit bei der Stadtverwaltung und die charismatische Person des Stadtpräsidenten Starzyński, von dessen Tod sie im Lager erfuhren, verbanden sie. Da das Lager erst im Januar 1945 aufgelöst wurde, verbrachten die Kommunalbeamten viel Zeit zusammen.⁴⁰

Ein anderer Bürgermeister, der vielfältige Kontakte mit dem Widerstand pflegte, war Stanisław Rybicki. Obwohl er Deutsch sprach und seine Aufgaben vorbildlich erfüllte, war der Bürgermeister von Tschenstochau ein polnischer Patriot, der nach eigenen Angaben wenig Sympathien für seine deutschen Kollegen hatte. Als die deutschen Kollegen nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 jubelten, sei ihm schlecht geworden. Er wurde, wie er schrieb, blass und bekam weiche

³⁶ Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 108–109.

³⁷ Ebenda, S. 181–182.

³⁸ Ebenda, S. 42.

³⁹ Ivánka, *Wspomnienia skarbowca*, S. 447.

⁴⁰ Wyszosław Modzelewski, *Pracownicy Zarządu Miejskiego m.st. Warszawy w obozie jeńieckim*, APW, ZR, Bd. 892, Bl. 2–6.

Beine. Sein Gemütszustand habe sich noch mehr verschlechtert, als die Kirchenglocken auf Anweisung seiner deutschen Kollegen geläutet wurden.⁴¹

Kontakt zu dem Vertreter der polnischen Exilregierung nahm Rybicki über seinen Bruder Józef auf, der in Warschau lebte. Rybicki traf sich mit ihm im Gebäude der Bank für Landwirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego). Seine Kontakte zur Exilregierung waren jedoch sporadisch. Den Regierungsvertreter in Warschau traf er zwei bis drei Mal im Jahr. Bei diesen Treffen berichtete er ihm über die Situation in Tschenstochau. Rybicki erhielt allerdings keine Direktiven von der Londoner Regierung bzw. ihrer Vertretung und musste selbst entscheiden, wie er Tschenstochau verwalten wollte. Außerdem stand er in Kontakt zu dem lokalen Kommandanten der AK, dem die Stadtverwaltung falsche Personaldokumente ausstellte. Während der Besatzung hielten sich in seiner Wohnung gelegentlich Personen auf, die im Widerstand aktiv waren.⁴²

Die Zusammenarbeit mit dem Widerstand barg Gefahren. Eines Tages kam der Leiter der Abteilung Meldewesen Franciszek Patrzyk zu Rybicki und teilte ihm mit, dass sein Mitarbeiter Laboch wegen des Verdachts der Ausstellung illegaler Dokumente für Juden von der Gestapo verhaftet worden war. Patrzyk geriet daraufhin in Panik und wollte aus Tschenstochau fliehen. Rybicki konnte ihn jedoch beruhigen und zum Bleiben überreden. Er ließ Patrzyk ein rückdatiertes Dokument ausstellen, in dem dieser den Bürgermeister darüber informiert, dass er seinen Mitarbeiter Laboch der Ausstellung illegaler Dokumente verdächtigte und ihn deshalb verstärkt beobachtete. Weiterhin stellte Rybicki ein Dokument aus, in dem er bestätigte, dass er Patrzyks Plan zur Kenntnis genommen und genehmigt hatte. Diese beiden rückdatierten Dokumente sicherten Patrzyk und den Bürgermeister ab.⁴³ Die Gestapo deckte auch andere Mitglieder des Widerstands auf, die in der Tschenstochauer Stadtverwaltung arbeiteten. Bevor sie sie verhafteten, kamen sie manchmal zuerst zu Rybicki, der die Gesuchten daraufhin in letzter Minute noch zu warnen versuchte, was jedoch nicht immer funktionierte.⁴⁴

Neben seinem Bruder Józef waren Rybickis drei Söhne im Widerstand aktiv, was sich auf die Einstellung des Bürgermeisters zu den Besatzern auswirkte.⁴⁵ Stanisław war am Beginn der Besatzung 11 und Zygmunt 14 Jahre alt. Beide unterstützten den Widerstand als Pfadfinder. Zygmunt nahm auch an einigen militäri-

⁴¹ Rybicki, *Pod znakiem*, S. 93.

⁴² Rybicki, *Pod znakiem*, S. 104–105, 210; Rybicki, *Na trudnym posterunku*, Teil: *Dom i Rodzina*, in: *AMCz*, III 1086, o. P.

⁴³ Rybicki, *Pod znakiem*, S. 242–243.

⁴⁴ Ebenda, S. 250–252.

⁴⁵ Rybicki, *Na trudnym posterunku*, Teil: *Dom i Rodzina*, in: *AMCz*, III 1086, o. P.

schen Aktionen teil.⁴⁶ Sehr intensiv engagierte sich Rybickis Stiefsohn Zdzisław im Widerstand. Mit 25 Jahren schloss er sich bereits 1940 dem Widerstand in Tschenstochau an. Um seinen Stiefsohn zu schützen, stellte Rybicki ihn in der Erfassungsabteilung der Stadtverwaltung ein. Dort wurde Zdzisław aber zufällig von einem Gestapomann entdeckt und festgenommen. Wegen der Verhaftung war Rybicki so beunruhigt, dass er vom Amt des Bürgermeisters zurücktreten wollte, was ihm aber nicht gestattet wurde. Um seinen Sohn aus dem Gefängnis zu bekommen, musste Rybicki seine Kontakte nutzen und außerdem eine üppige Bestechung zahlen.⁴⁷

Nach diesem Vorfall zog Zdzisław nach Warschau um. Dort konnte er seine technische Ausbildung abschließen und anschließend ein Studium im Untergrund aufnehmen.⁴⁸ In Warschau schloss er sich der AK an, schulte Eisenbahner und war in den Stadtteilen Czerniaków und Mokotów als Leiter einer Sabotageabteilung (*pluton dywersyjny*) aktiv. Er stieg bis zum Unterleutnant auf und wurde mit dem Kreuz der Tapferkeit (*Krzyż Walecznych*) ausgezeichnet.⁴⁹ Rybicki wusste über das Engagement seines Stiefsohns im Widerstand in Warschau Bescheid, kannte aber die Details nicht, die Zdzisław aus Sicherheitsgründen vor ihm verbarg. Da er jedoch genug über ihren Einsatz im Widerstand wusste, riet er Zdzisław und seinem Bruder Józef davon ab, an der Exekution von Polen teilzunehmen, die der Widerstand zum Tode verurteilt hatte.⁵⁰

Zdzisław war Rybickis Beschreibungen zufolge eine durchaus bemerkenswerte Person innerhalb des Warschauer Widerstandes. Er leitete persönlich einige Aktionen gegen deutsche Ordnungspolizisten, die bei Razzien Passanten auf den Straßen verhaftet hatten. Bei einer dieser Aktionen wurden am 26. November 1943 10 deutsche Gendarmen auf der Poniatowski Brücke und 12 in Nowy Świat erschossen. Bei einer anderen Aktion wurde ein Zug angehalten, beschossen und mit Granaten beworfen. Zdzisław's Abteilung richtete auch Spitzel der Gestapo hin. Am 17. Mai 1944 wurde er selbst während der Verübung eines Attentats auf den russischen Agenten Boris Smyslowsky erschossen. Die AK verschwieg Rybicki den Tod seines Stiefsohnes. Stattdessen teilte sie ihm vier Tage später mit, dass sich Zdzisław einer Partisanenbewegung angeschlossen hätte. Der Bürgermeister vermutete jedoch, dass diese Information falsch war. Seine Frau fuhr nach Warschau, fand dort heraus was geschehen war und organisierte daraufhin eine Trauermesse in Tschenstochau, die von dem Bischof Kubina gehalten wurde. Da Zdzisław auf

⁴⁶ Ebenda, o. P.

⁴⁷ Rybicki, *Pod znakiem*, S. 95–99.

⁴⁸ Ebenda, S. 99–100.

⁴⁹ Ebenda, S. 270; Rybicki, *Na trudnym posterunku*, in: *AMCz*, III 1086, o. P.

⁵⁰ Rybicki, *Pod znakiem*, S. 280–281.

seiner letzten Mission keine Dokumente dabei hatte, konnte seine Leiche von den Behörden nicht identifiziert werden.⁵¹

Andrzej Kwaskowski, der Bürgermeister von Gorlice, arbeitete ebenfalls intensiv mit dem Widerstand zusammen. Sein Deckname war *Bogoria*. Ähnlich wie Rybicki war Kwaskowski in Personalunion auch der Leiter des Polnischen Hauptausschusses, der Bedürftigen half und mit dem Widerstand zusammenarbeitete. Ähnlich wie in Rybickis Fall waren auch Kwaskowskis zwei Söhne im Widerstand. Zofia Horodyńska, die Frau des Kommandanten der AK im Kreis Gorlice, erinnerte sich nach dem Krieg, dass Kwaskowski eines Tages extra nach Krakau kam, um ihren Mann Wincenty vor einer anstehenden Verhaftung durch die Gestapo zu warnen. Seit Ende 1943 nutzte der Bürgermeister sein Amt, um Personen, die als Zwangsarbeiter rekrutiert wurden, eine Deportation nach Deutschland zu ersparen. Als er im Oktober 1944 bemerkte, dass ihm wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Widerstand eine Verhaftung drohte, verließ er Gorlice.⁵²

Der Bürgermeister von Węgrów, Władysław Okulus, unterstützte im Gegensatz zu den meisten polnischen Ortsvorstehern überwiegend die Bauernbataillone (Bataliony Chłopskie, BCh) und nicht die AK. Der Grund dafür waren seine sozialistischen Ansichten, wegen der er vor dem Krieg durch die regierende Sanacja auf der Kommunalebene diskriminiert worden war. Dementsprechend teilte er auch nach dem Krieg nicht den Kult um die AK, der in Nachkriegspolen verbreitet war. Ähnlich wie andere Bürgermeister sicherte sich Okulus jedoch zu Beginn seiner Amtszeit die Zustimmung des Widerstands in Warschau. In Węgrów wurde er Zeuge, wie gleichzeitig mehrere Untergrundorganisationen entstanden, die alle dem Vaterland dienen wollten und um Mitglieder konkurrierten. Dadurch wurden viele Personen aufgenommen, die wenig über die Arbeit im Untergrund wussten und dem Widerstand mit unprofessionellem Verhalten schaden. ⁵³ Okulus selbst begründete in seiner Stadt den ZWZ, aus dem später die AK hervorging. Er leitete ihn, bis der aus Warschau gesandter Kommandant *Bratek* Mitte 1941 die Leitung von ihm übernahm. Okulus kritisierte zu dieser Zeit vor allem die Nationalen Streitkräfte, die sich faschistischer Symbolik bedienten und Juden verfolgten.⁵⁴

Mit *Bratek* verstand sich der Bürgermeister gut. Unter seiner Leitung bestanden gute Beziehungen zwischen dem ZWZ und der Volkspartei, mit der Okulus bereits seit der Vorkriegszeit verbunden war. Als *Bratek* jedoch nach einigen Monaten durch einen anderen Kommandanten ersetzt wurde, begann der ZWZ, der inzwischen den Namen AK trug, Okulus und andere Mitglieder der Volkspartei als

⁵¹ Ebenda, S. 273–283.

⁵² Juruś, Andrzej Kwaskowski, S. 31–33.

⁵³ Okulus, 50 lat życia i walki, S. 219.

⁵⁴ Ebenda, S. 219–224.

Kommunisten zu diffamieren und Zwietracht in der Gemeinde zu verbreiten. Als Reaktion darauf organisierte der Bürgermeister die sogenannten Bauernbataillone, die im Kreis Węgrów zwar personell durchaus stark, aber schlechter bewaffnet waren als die AK. Während die AK militärische Aktionen gegen die Besatzer durchführte, unternahmen die Bauernbataillone nur kleine Angriffe. Dazu zählte unter anderem die Zerstörung der Privatbrennereien, um dem verbreiteten Alkoholismus entgegenzuwirken.⁵⁵

Der Widerstand wurde zwar von Bürgermeister unterstützt, aber die Ortsvorsteher waren als Mitglieder der Verwaltung gleichzeitig zu dessen Bekämpfung verpflichtet. Vernachlässigten sie diese Pflicht konnten sie von der Sipo oder ihren Vorgesetzten ermahnt oder bestraft werden. Daran wurden sie unter anderem auf den Bürgermeister- und Vögtetreffen regelmäßig erinnert. Auf einem dieser Treffen, das am 5. April 1940 in Końskie stattfand, sprach der Leiter der Verwaltungsabteilung des Distriktsamts Radom. Er kündigte an, dass die Banden, die sich in den Wäldern und Dörfern versteckten, genauso wie die polnische Armee im Jahr 1939 niedergeschlagen und die Orte, die ihnen halfen, niedergebrannt und ihre Bewohner erschossen werden würden. Anschließend informierte der Kreishauptmann die Versammelten darüber, dass er niemanden helfen könne, der bei der Bekämpfung der Banden nicht mitmache. Diese Ausführungen der beiden deutschen Beamten bekräftigte der Übersetzer Koraszewski. Er sagte, dass der Kreishauptmann eine sehr edelmütige Person sei, der bei der Bekämpfung der Banden geholfen werden müsse. Besonders gefragt war dabei die Unterstützung der Vögte der beiden Gemeinden Chlewiska und Miedzierz.⁵⁶

Eine weitere Konferenz über Sabotageakte des Widerstandes fand in Radom statt. Als Hauptredner erklärten der Stadthauptmann und der Bürgermeister den versammelten Beamten eingehend, warum sie den Widerstand zu bekämpfen hatten und Sabotageakte nicht dulden sollten. Der Stadthauptmann betonte, dass Sabotageakte sinnlos seien, weil sie der deutschen Wehrmacht, die weit weg von Radom an der Ostfront kämpfte, nicht schaden könnten. Des Weiteren hob er hervor, dass das Begehen von Sabotageakten durch Stadtverwaltungsbeamte besonders unmoralisch sei, weil sie Angestellte des Staates waren, dem die Sabotage schade. Als Sabotage verstand er nicht nur aktive Beschädigungen oder Sabotage, sondern auch die „Vernachlässigung der Arbeitspflichten“. Der Bürgermeister schloss sich dieser Argumentation an. Er betonte, dass auch Firmen, die für die Stadtverwaltung arbeiteten, Sabotageakte begingen, indem sie ihre Arbeit nicht richtig oder zu langsam erledigten. Um dies zu verhindern, sollten die Abteilungsleiter der Stadtverwaltung ihre Mitarbeiter entsprechend disziplinieren. Dass die Ergebnisse

⁵⁵ Ebenda, S. 224–225.

⁵⁶ Kozakiewicz, *Pamiętnik burmistrza miasta Przedborza*, S. 121.

dieser Arbeit der polnischen Bevölkerung zugutekämen, betonte wiederum der Stadthauptmann, der außerdem darauf hinwies, dass in Radom die europäische Ordnung hergestellt würde, die die Hebung des Lebensstandards aller zum Ziele hätte und dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sich daran aktiv beteiligen könnten.⁵⁷

Auf dem Bürgermeister- und Vögtetreffen am 27. März 1942 in Opatów war der Ton schärfer als auf den vorherigen Konferenzen, was nicht zuletzt auf die zunehmenden Aktivitäten des Widerstandes hinweist. In Opatów redeten zuerst zwei Kommandanten der Sipo und anschließend der Kreishauptmann. Die Sipo-Kommandanten informierten die Versammelten darüber, dass sie und ihre Dorfschulzen verpflichtet seien, jede fremde Person im Ort sofort anzumelden und streng darauf zu achten, dass sich in ihren Orten keine fremden Personen aufhielten. Bei einem Verstoß gegen diese Regel sei die Polizei dazu befugt, den Gemeindeglieder und die gestellten Geiseln zu erschießen oder sogar das gesamte Dorf niederzubrennen. Der Kreishauptmann erklärte im Anschluss die Gründe für die verschärften Maßnahmen. Er sagte, dass er die Banditen nicht aufspüren könne, weil er keine Meldungen aus der Bevölkerung oder den Stadtverwaltungen bekomme, obwohl die Banditen in kleinen Orten allen Einwohnern gut bekannt seien. Zu diesen Missständen sei es unter anderem deshalb gekommen, weil die Dorfschulzen selbst Banditen gewesen seien. Um diese Situation zu ändern und die Banditen schnell zu fassen, müsste die gesamte Bevölkerung die Sipo unterstützen. Anschließend drohte der Kreishauptmann allen mit Lagerhaft, falls seiner Aufforderung nicht Folge geleistet würde.⁵⁸

Als sich Anfang 1942 in den Wäldern um Szczebrzeszyn verschiedene Gruppen formierten, trug der Arzt Klukowski in sein Tagebuch ein:

Die wichtigsten Gesprächsthemen sind derzeit Überfälle von Saboteuren, Luftlandungen usw. In den Wäldern, eigentlich jedoch in den im Wald gelegenen Dörfern, sammeln sich immer mehr bewaffnete Menschen. Es sind dort unterschiedliche Gruppen: sowohl polnische als auch *bolschewistische*, politische und gewöhnliche Banditen. Oft ist es schwer, sich zu orientieren, wer welchen Überfall ausgeführt hat. Neulich gab es einen großen Überfall auf das Dorf Chłopaków. Eine verletzte Frau war bei mir im Krankenhaus. Vor ein paar Tagen kamen drei Gestapomänner und ihr Chauffeur nach Turobin. Zu viert töteten sie 107 Juden. Jetzt gelangten noch zu uns unbestätigte Nachrichten über die Tötung von zwei Gestapomännern in Izbica.⁵⁹

57 Sprawozdanie z konferencji, o. D., APR, AMR, Bd. 9391, Bl. 1–3.

58 Sprawozdanie, 27.3.1942, APSa, AMSa, Bd. 1823, Bl. 2–3.

59 Klukowski, Tagebuch, S. 342.

12 Tage später beschrieb Klukowski weitere Überfälle und die Hilflosigkeit der Polizei angesichts dieser Entwicklungen: „Die polnische Polizei ist eigentlich ratlos, die deutsche Gendarmerie auch. Sie können die bedrohliche Sabotagebewegung, die sich auf beunruhigende Weise ausbreitet, absolut nicht unter Kontrolle bekommen“.⁶⁰

Die Presse des Widerstands war ein weiteres Thema, über das Bürgermeister die Bevölkerung aufklären mussten. Stanisław Porth, der Bürgermeister von Muszyna, gab am 3. Dezember 1941 auf Anordnung des Kreishauptmanns bekannt, dass beim Auftauchen „der aufständischen Flugblätter und Zeitungen“ sofort die nächste Polizeistation oder der Bürgermeister benachrichtigt werden sollte, damit diese im nächsten Schritt den Kreishauptmann über den Fund in Kenntnis setzen konnten. Unter keinen Umständen durften die gefundenen Materialien zerstört werden, weil sie als Beweismittel dienten. Bei Missachtung dieser Anordnung sollte die Sipo einschreiten.⁶¹

Opfer des Widerstands

Polnische Ortsvorsteher arbeiteten nicht nur mit dem Widerstand zusammen, sondern wurden als Amtsträger des GG auch selbst zu dessen Angriffszielen, zumal sie ihn gemeinsam mit den Kreis- und Stadthauptmännern oder der Orpo und Sipo bekämpften. Es kann nur in seltenen Fällen genau ermittelt werden, welche Widerstandsgruppe einen Ortsvorsteher bzw. eine Stadtverwaltung überfiel. Immer wieder wurden bei diesen Überfällen Geld und Wertgegenstände gestohlen. Oft handelte es sich bei den Opfern von Anschlägen des Widerstandes um Vögte oder Ortsvorsteher kleiner Städte. Bürgermeister großer oder mittelgroßer Städte wurden von „Banditen“ oder Mitgliedern des Widerstands dagegen nicht ermordet. Wie die „Verlustmeldungen“ des Kommandeurs der Gendarmerie im Distrikt Lublin zeigen, wurde 1943 alle paar Tage ein Ortsvorsteher oder ein Mitarbeiter einer Kommunalverwaltung ermordet. Besonders viele Angriffe auf Ortsvorsteher ereigneten sich in den Distrikten Lublin und Radom.⁶²

Am 1. April 1942 teilte der Bürgermeister der Gemeinde Kowala dem Kreishauptmann von Radom-Land mit, „dass am heutigen Tag um 4 Uhr 45 Minuten morgens die unbekannten Täter mit der Waffe in der Hand einen Raubüberfall auf hiesige[s] Gemeindeamt gemacht haben“ und über 4.000 Złoty entwendet hätten. Anschließend hätten sie noch die Post und das Pfarramt ausgeraubt. Die zwei

⁶⁰ Ebenda, S. 345.

⁶¹ Verhalten der Bevölkerung, 3.12.1941, ANNS, AMu, Bd. 141, Bl. 41.

⁶² Verlustmeldungen, 1942–1944, AIPN GK 104/5, Bl. 1–10.

hier geschilderten Täter hätten SS-Uniformen getragen und einen Dolmetscher dabei gehabt.⁶³ Einen Tag später raubten vermutlich dieselben Täter das Gemeindeamt in Gębarzów aus. Diesmal trugen alle drei Wehrmachtsuniformen und führten den Überfall am Nachmittag durch. Wie zuvor in Kowala konnten sie auch in Gębarzów über 4.000 Złoty erbeuten.⁶⁴

Die Kreishauptmannschaft Warschau-Land informierte am 7. Mai 1943 alle Bürgermeister und Gemeindevorsteher darüber, dass es in den letzten Wochen zu drei Raubüberfällen auf Gemeindeverwaltungen gekommen war. Dabei wurden „Dienstsiegel, Kassenbücher, Kennkartenvordrucke, Schreibmaschinen, größere Geldbeträge und zahlreiche Fahrräder“ gestohlen und „wichtige Akten und Karteien (Pferde- und Einwohnerregister) vernichtet“. Da bei diesem Überfall ebenfalls 43.000 Złoty gestohlen wurden, verbot der Kreishauptmann den Ortsvorstehern, größere Summen in der Kasse der Stadtverwaltung zu verwahren und kündigte an, in Zukunft „in solchen Fällen die Bürgermeister bzw. Gemeindeleiter bzw. Kassenverwalter persönlich zur Verantwortung“ zu ziehen.⁶⁵

Einen Monat später warnte derselbe Kreishauptmann alle Ortsvorsteher seines Kreis vor „Banditen“, die sich gewaltsam Zutritt zu den Lautsprechanlagen verschafft und unbefugt für „längere Zeit Nachrichten an die Bevölkerung durchgeben“ hatten.⁶⁶ In Warschau wurde im September 1943 die Kasse der Hauptverteilungsstelle für städtische Arbeiter und Angestellte ausgeraubt.⁶⁷ Ebenso meldete der Bürgermeister von Tschenstochau dem Stadthauptmann einen „Raubüberfall auf die Außenstelle der Stadtverwaltung in Grabówka und die im Gebäude der Außenstelle befindliche Wohnung des dortigen Angestellten“. Die Täter hatten zwei Kassen aufgebrochen, die Schreibmaschine mitgenommen und einen Teil der Akten verbrannt.⁶⁸

Einige Gemeindevorsteher wurden vom Widerstand bzw. von bewaffneten Banden erschossen. Der genaue Hintergrund der Täter ist nur in wenigen Fällen bekannt. Dem Bürgermeister von Sochaczew, Włodzimierz Krynicki, legte die AK für die „Unterstützung der Germanisierung“ die Strafe der Infamie auf, die den Ortsvorsteher stigmatisierte und zugleich eine Warnung war.⁶⁹ Albert Fabisch, der vierte Bürgermeister von Siedlce und zugleich Mitglied der Sipo, wurde am 4. Juli 1944 von der AK ermordet. Über seinen Tod hatte das Gericht der AK bereits im

63 An den Herrn Kreishauptmann, 1.4.1942, APR, SPR, Bd. 43, Bl. 42.

64 An den Herrn Gouverneur, 2.4.1943, APRA, SPRa, Bd. 43, Bl. 43.

65 Einbrüche in Gemeindedienstgebäuden, 7.5.1943, APO, AMO, Bd. 983, Bl. 171.

66 An den Herrn Bürgermeister, 5.7.1943, APGM, AMPs, Bd. 3280, Bl. 1.

67 An den Herrn Stadthauptmann, 28.9.1943, APW, KBMW, Bd. 56, Bl. 211.

68 Herrn Stadthauptmann der Stadt Tschenstochau, 12.4.1943, APCz, AMCz, Bd. 13786, Bl. 5.

69 Haska, Hańba, S. 115.

Frühling 1943 entschieden, aber ein erstes Attentat am 19. Mai 1943 misslang. Angeblich wurde Fabisch wegen Morden, die er an Juden begangen hatte bzw. wegen seiner Rolle bei der Auflösung des jüdischen Ghettos, von der AK zum Tode verurteilt.⁷⁰ Am 4. Juli 1944, dem Tag seiner Ermordung, wurden in Siedlce 57 Polen als Vergeltung erschossen.⁷¹

Am 29. Februar 1944 wurde der polnische Bürgermeister von Łańcut, Johann Wojnarowicz, ermordet. Als Vergeltungsmaßnahme wurden fünf Tage später 10 Polen erschossen.⁷² Für die Ermordung des Bürgermeisters von Trzebinia, Rak, im Mai 1944 wurden als Sühnemaßnahme ebenfalls 10 Polen erschossen.⁷³ Der Vogt der Gemeinde Końskie, Edmund Misiewicz, wurde am 19. März 1944 „während der Ausübung seiner Dienstpflicht in Sokołów Podlaski [...] durch vier unbekannte Banditen“ entführt und anschließend erschossen, während er gerade dabei war, einen Dorfschulzen zu ernennen.⁷⁴ In Kressendorf wurden ebenfalls 10 Personen wegen der Ermordung des Sohns eines Polen erschossen, der für die Verwaltung gearbeitet hatte. Bei den Erschossenen handelte es sich um Häftlinge aus dem Krakauer Gefängnis Montelupich.⁷⁵ Als im Februar 1943 die deutschen Besatzer drohten, weitere Morde an Deutschen mit dem Erschießen 50 junger Polen zu vergelten, gab eine Untergrundorganisation bekannt, dass sie für jeden erschossenen Polen weitere fünf Deutsche erschießen würde.⁷⁶

Die Meldungen des Kommandeurs der Gendarmerie Krasnystaw im Distrikt Lublin zeigen, dass sogenannte Banditen in diesem Kreis alle paar Tage und manchmal sogar alle paar Stunden einen Mitarbeiter einer Kommunalverwaltung erschossen. Die Opfer tauchen in den Protokollen als „die im Dienst einer deutschen Verwaltung“ stehenden Beamten auf. Unter ihnen befanden sich sowohl Deutsche als auch Polen. Dass so viele Beamte im Kreis Krasnystaw erschossen wurden, hing mit der Aktion Zamość (Aussiedlung von Polen und Ansiedlung von Volksdeutschen) zusammen, die maßgeblich zum Aufstieg des Widerstands in der Region beitrug. Ob die „Banditen“ in der AK oder einer anderen Widerstandsorganisation organisiert waren, ist in den meisten Fällen unbekannt. Oft verständigten sie sich auf Polnisch oder auch auf Russisch. Es ist daher möglich, dass die Täter Mitglieder von Partisanengruppen waren, die sich aus Polen, Russen, Juden und anderen ethnischen Gruppen zusammensetzten. Entgegen der offiziellen Bezeich-

70 Kopówka, Żydzi w Siedlcach, S. 160–161; Roth, Herrenmenschen, S. 146.

71 Stanisław Lewandowski, *Ruch Oporu na Podlasiu 1939–1945*, Warszawa 1982, S. 94.

72 Bekanntmachung, 5.3.1944, APPrz, AMJar, Bd. 824, Bl. 44.

73 Kubalski, Niemcy w Krakowie, S. 326.

74 An die Kreishauptmannschaft, 24.3.1944, APKi, AGKo, Bd. 237, Bl. 2.

75 Fujarski, *Kronika miasta Krzeszowic*, S. 37.

76 Kubalski, *Niemcy w Krakowie*, S. 301.

nung „Banditen“ handelte es sich offensichtlich nicht um Räuber, sondern um politisch motivierte Täter, die nicht nur Wertsachen erbeuteten, sondern gezielt nach Mitarbeitern der Verwaltung suchten, diese in der Regel mit einem Kopfschuss hinrichteten und anschließend manchmal Verwaltungsdokumente zerstörten.⁷⁷

In Izbica wurden sowohl der Bürgermeister der Stadt Izbica Johann Schulz (Jan Szulc) als auch der Vogt derselben Landgemeinde, Michał Kozorys, ermordet. Am 21. März 1943 gegen 23:45 Uhr drangen „5 mit Gewehren und Pistolen bewaffnete Banditen“ in Kozorys Wohnung ein, raubten 150 Złoty, 3,5 Liter Wodka und entführten den Vogt. Am Morgen des darauffolgenden Tages wurde er 600 Meter von seiner Wohnung entfernt durch einen Kopfschuss getötet aufgefunden. Als Motiv vermutete der Ordnungspolizist, der den Bericht für die Sipo erstellte, Rache, weil Kozorys „sich stets für die Erhaltung Deutscher Belange ein[ge]setzt [hatte]“. ⁷⁸ Der volksdeutsche Bürgermeister von Izbica, Schulz, wurde am 26. Februar 1944 in einem Pferdeomnibus, der von Izbica nach Krasnystaw fuhr, von den Partisanen linker Bauernbataillone für die Gräueltaten erschossen, die er gegen Polen und Juden begangen hatte.⁷⁹

Zwei Monate nach der Hinrichtung von Kozorys wurde der volksdeutsche Vogt der Gemeinde Rybczewice, Adolf Siebenhaar, ermordet. Er verbrannte im Gemeindeamt, das ihm auch als Wohnung diente. Das Gebäude wurde von einer Gruppe von etwa 20 Personen angegriffen, die das Gemeindeamt zuerst mit Granaten bewarfen und anschließend die dort gelagerten Akten anzündeten. Dabei kam auch Stanisława Dudek um, die bei dem Vogt zu Besuch war.⁸⁰ Der Gemeinsekretär Lucjan Dzewiecki wurde nur einen Tag nach Siebenhaars Ermordung am 17. Mai 1943 gegen 0:30 Uhr in Fajslawice erschossen.⁸¹ Mieczysław Wysocki, der Vogt der Gemeinde Łopienniki, wurde am 1. Oktober 1943 von zwei Radfahrern angeschossen und verletzt, als er mit einem Pferdegespann nach Krasnystaw fuhr.⁸²

Dem Angestellten der Gemeinde Tarnogóra, Tadeusz Kaminski, wurde am 26. Mai 1943 gegen 1 Uhr durch „4 bewaffnete Banditen“ 2.000 Złoty der Gemeindegelder gestohlen, die er zu Hause aufbewahrte. Anschließend erschossen sie ihn vor dem Haus seiner Eltern.⁸³ Franciszek Szczupak, der als Kraftfahrer bei der

⁷⁷ An den Kommandeur der Gendarmerie, 4.6.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 20–21.

⁷⁸ An den Kommandeur der Gendarmerie, 22.3.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 6–7; Ryszard Adamczyk, *Izbicy dni powszechnie. Wojna i okupacja. Pamiętnik pisany po latach*, Lublin 2007, S. 172; Steffan Hänchen, *Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust*, Berlin 2018, S. 68.

⁷⁹ An den Kommandeur der Gendarmerie, 26.2.1944, AIPN GK 104/5, Bl. 82.

⁸⁰ An den Kommandeur der Gendarmerie, 18.5.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 8–9.

⁸¹ An den Kommandeur der Gendarmerie, 18.5.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 12–13.

⁸² An den Kommandeur der Gendarmerie, 2.10.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 52–53.

⁸³ An den Kommandeur der Gendarmerie, 27.5.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 14–15.

Sipo in Cholm arbeitete, wurde am 3. Juni 1943 kurz vor 24 Uhr erschossen, während er seinen Urlaub in der Wohnung seiner Verlobten Helene Strzos verbrachte.⁸⁴ Zwei Stunden vor Szczupaks Ermordung wurde auch der Volksdeutsche Roman Godowski durch einen Kopf- und Bauchschuss getötet. Godowski war beim Arbeitsamt in Łopienniki angestellt.⁸⁵ Um 11:30 desselben Tages wurde auch der Staatsförster Waclaw Szydłowski auf dem Hof seines Hauses erschossen. Die Täter hatten sich als Waldarbeiter getarnt.⁸⁶ Klukowski, Direktor des Krankenhauses in Szczepleszyn, vermerkte am 3. Oktober 1943 in seinem Tagebuch, dass nur einen Tag zuvor die eingetriebenen Steuergelder in Terespol bei einem Überfall gestohlen worden waren und ein paar Tage zuvor der Dorfschulze von Kosobudy ebenfalls Opfer eines Raubüberfalls geworden war.⁸⁷ Kurz vor der Befreiung durch die Rote Armee im Februar 1944 wurde noch der Bürgermeister von Tarnogród, Kraus, ermordet.⁸⁸

Der Molkereibesitzer Józef Staszczak wurde am 30. Mai 1943 gegen 1 Uhr mit drei Kopfschüssen exekutiert. Anschließend erschossen die Täter auf dieselbe Art seinen 70 Jahre alten Vater.⁸⁹ Bei einem Angriff auf das Auto der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Żółkiewka am 19. Juli 1943 wurden Józef Ziernicki und Viktor Fik, die Ortsvorsteher der Gemeinden Żółkiewka und Turobin, mit einer Granate getötet. Der Leiter der Genossenschaft Karl Cortun, der im selben Auto saß, überlebte das Attentat. Die Täter, die Polnisch und Russisch sprachen, konnten drei Aktentaschen und drei Pistolen erbeuten.⁹⁰ Der Sonderdienstmann Franciszek Zdunek wurde am 2. Oktober 1943 gegen 1:30 Uhr aus dem Bett gezerzt und etwa 500 Meter von seinem Haus entfernt mit einem Kopfschuss hingerichtet.⁹¹ Der volksdeutsche Hausmeister der Kreishauptmannschaft Krasnystaw wurde am 14. Oktober 1943 erschossen, nachdem er einen Geburtstagskuchen aus einer Bäckerei abgeholt hatte.⁹²

84 An den Kommandeur der Gendarmerie, 4.6.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 20–21.

85 An den Kommandeur der Gendarmerie, 4.6.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 22–23.

86 An den Kommandeur der Gendarmerie, 12.6.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 26–27.

87 Klukowski, *Zamojszczyzna*, Bd. 1, S. 379.

88 Klukowski, *Zamojszczyzna*, Bd. 2, S. 15.

89 An den Kommandeur der Gendarmerie, 8.10.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 55.

90 An den Kommandeur der Gendarmerie, 20.7.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 29–30.

91 An den Kommandeur der Gendarmerie, 2.10.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 54.

92 An den Kommandeur der Gendarmerie, 15.10.1943, AIPN GK 104/5, Bl. 58.

Verfolgung der Bürgermeister durch die Besatzer

Neben dem polnischen Widerstand und Partisanen wurden polnische Bürgermeister auch von der Sipo und anderen deutschen Behörden verfolgt. Die Sipo beobachtete zwar viele Bürgermeister, verhaftet und ermordete jedoch nur wenige von ihnen. Der Anteil aller Bürgermeister im GG, die schweren Repressionen vonseiten der Sipo bzw. Gestapo und in seltenen Fällen der Orpo ausgesetzt waren, lässt sich nicht genau quantifizieren, lag jedoch offensichtlich bei unter 20 Prozent. Ein häufiger Grund für eine Festnahme war der Verdacht einer Zusammenarbeit mit dem Widerstand. Dieser alleine reichte jedoch oft nicht aus, um einen Ortsvorsteher zu entlassen oder über eine längere Zeit im Gefängnis zu halten. Bereits im Frühling 1940 begann die Sipo die AB-Aktion, die das Ziel verfolgte, Personen zu ermorden, die sich der Widerstandsbewegung anschließen könnten oder bereits Mitglieder waren. Hans Frank sagte am 30. Mai 1940 auf einer Versammlung der Leiter der Zivilverwaltung und der Sipo, dass er von Hitler den Befehl erhalten habe, die polnische Intelligenz als Ganzes zu liquidieren: „was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen“.⁹³

Im Rahmen der AB-Aktion wurden bei Massenverhaftungen auch Bürgermeister und ehemalige Bürgermeister als Vertreter der Intelligenz festgenommen und exekutiert. Gegen sie ermittelt wurde in der Regel nicht. Darüber hinaus wurden einige Bürgermeister auch wegen eines konkreten Verdachts der Unterstützung des Widerstands festgenommen. Wurden einige Ortsvorsteher schon nach zwei oder drei Tagen wieder aus der Haft entlassen, wurden andere ins KZ Auschwitz deportiert, wo sie entweder starben oder in andere KZ transportiert wurden. Geschützt wurden Ortsvorsteher in der Regel durch ihre deutschen Vorgesetzten. Die Stadt- und Kreishauptmänner konnten sich für ihre Mitarbeiter in der Regel erfolgreich bei der Orpo, aber nur bedingt bei der Sipo einsetzen.

Im Unterschied zum GG wurden in den eingegliederten Gebieten einige polnische Bürgermeister bereits zu Beginn der Besatzung ermordet. Der Stadtpräsident von Wrocław Witold Mystkowski, der Präsident von Bydgoszcz Leon Barciszewski und der Präsident von Kalisz Ignacy Bujnicki wurden alle am 11. November 1939 erschossen. Apolinary Jankowski, der Präsident von Inowrocław, wurde in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober 1939 ermordet. Dieses Schicksal teilten nur wenige Bürgermeister im GG. Einer von ihnen war der Stadtpräsident von Kielce,

93 Präg / Jackobmeyer, Diensttagebuch, S. 212.

Stefan Artwiński, der am 2. November 1939, fünf Tage nachdem ihn die Sipo verhaftet hatte, in Wiśniówka bei Kielce tot aufgefunden wurde.⁹⁴

Der bekannteste Bürgermeister, der von der Sipo ermordet wurde, war der Stadtpräsident von Warschau, Stanisław Starzyński. Nach dem Krieg wurde er auch mithilfe des Besatzungsbürgermeisters Julian Kulski zu einem Symbol des Widerstands, der Tapferkeit und der Aufopferung stilisiert. Starzyński wurde am 26. Oktober 1939 in seinem Büro verhaftet, weil er die deutschen Besatzer beim Ausbau ihrer Macht nicht auf die Weise unterstützen wollte, die sie wünschten, und weil er mit dem Widerstand zusammenarbeitete. Dieser formierte sich zur selben Zeit und setzte den Kampf gegen die deutschen Angreifer fort, an dem Starzyński im September 1939 voller Eifer teilgenommen hatte. Was nach seiner Verhaftung mit dem Stadtpräsidenten geschah, ist nicht bekannt. Der Staatsanwalt des Instituts für Nationales Gedächtnis, Marcin Gołębiewicz, schloss 2014 ein Ermittlungsverfahren ab, in dem er zu der Überzeugung gelangt war, dass Starzyński zwischen dem 21. und 23. Dezember 1939 von der Gestapo in Warschau oder der Umgebung erschossen wurde.⁹⁵ Dem Stadthauptmann Ludwig Leist habe einige Wochen nach Starzyńskis Verhaftung „ein hochrangiger SS-Mann aus Berlin“ erzählt, dass der Verhaftete nach Berlin mitgenommen worden sei. Dort habe man ihm noch einmal eine aktive Zusammenarbeit auf der Ebene der Verwaltung angeboten. Als er dies abgelehnt habe, sei er kurz darauf in Berlin erschossen worden.⁹⁶

Starzyńskis Nachfolger Kulski wurde während der Besatzung Warschaus zwei Mal verhaftet. Kulskis Übersetzer Kipa verstand seine erste Verhaftung, die auch den Stadthauptmann sehr verärgerte, als eine Machtdemonstration der Sipo gegenüber der Zivilverwaltung.⁹⁷ Zu dieser ersten Verhaftung kam es Anfang Juli 1940. Der Bürgermeister wurde nicht gezielt, sondern im Zuge einer Massenverhaftung festgenommen.⁹⁸ Die Gestapomänner kamen in seine Villa, als er gerade im Badezimmer war. In einem Schrank fanden sie ein amerikanisches Magazin, in dem über Starzyńskis Kampf gegen Deutschland berichtet wurde. Auf der Ladefläche eines LKW wurde er zusammen mit den anderen Verhafteten ins Pawiak Gefängnis gebracht. Als er sich anschließend mit zwei Gestapomännern in einem Verhörraum befand, befahl ihm einer, sich auszuziehen. Kulski vermutete, dass er

⁹⁴ Wolańczyk, *Prezydenci Kielc*, S. 250–251.

⁹⁵ Marcin Gołębiewicz, *Zakończenie śledztwa w sprawie zabójstwa Prezydenta m. st. Warszawy Stefana Starzyńskiego*, <https://ipn.gov.pl/pl/dla-mediow/komunikaty/11943,Zakonczenie-sledztwa-w-sprawie-zabojstwa-Prezydenta-m-st-Warszawy-Stefana-Starzy.html> (10.2.2024).

⁹⁶ Walichnowski, *Rozmowy z Leistem*, S. 43–45.

⁹⁷ Emil Kipas *Aussagen*, 29.1.1947, AIPN, GK 196/77, Bd. 7, Bl. 255–256.

⁹⁸ Landau, *Kronika lat wojny*, Bd. 1, S. 562.

geschlagen werden würde. Dazu kam es aber nicht, vermutlich, weil just in diesem Augenblick ein dritter Gestapomann den Raum betrat, der den Bürgermeister kannte. Als Kulski wieder zu den anderen Verhafteten gebracht wurde, erkannte er unter diesen seinen Lehrer Robert Balicki und den Kommandanten der Feuerwehr Stanisław Gieysztor. Nach zwei Tagen Zellenhaft wurde er erneut zu einem Verhör mitgenommen, das im Gestapo-Gebäude in der Aleja Szucha stattfand. Weil sein Vorgesetzter Leist bei dem Verhör anwesend war, beruhigte sich Kulski schnell. Bei dem Verhör ging es vor allem um das amerikanische Magazin, das er nicht als feindliches Propagandamaterial angemeldet hatte. Nach dem Verhör brachte ihn Leist persönlich zurück nach Hause und gab ihm zusätzlich einen Tag frei. Leist konnte so kurzfristig und erfolgreich intervenieren, weil Kulskis Chauffeur den Bürgermeister auf der Ladefläche des LKWs erblickt und dies sogleich dem Übersetzer Kipa gemeldet hatte, der die Nachricht auf schnellstem Weg an Leist weitergeleitet hatte.⁹⁹

Ein zweites Mal wurde Kulski verhaftet, weil er Mitarbeiter der Stadtverwaltung deckte, die illegal Lebensmittelkarten druckten. Diese wurden auf frischer Tat ertappt, konnten jedoch entkommen. Um ihnen Zeit zu verschaffen, sich in Sicherheit zu bringen, verzögerte Kulski die Meldung der Straftat. Er reichte eine schriftliche Mitteilung bei einer lokalen polnischen Polizeistation ein, die es an die Hauptstelle und diese an die Orpo weiterleitete, von wo aus es schließlich an die Kriminalpolizei gelangte. Nach einigen Tagen wurde Kulski vom Kommandanten der Kriminalpolizei zu einem Verhör in die Daniłowiczowska Straße einbestellt. Dort begrüßte ihn am Eingang ein polnischer Kriminalpolizist und instruierte ihn, wie er sich bei dem anschließenden Verhör verhalten sollte, um glimpflich aus der Sache herauszukommen. Das Verhör führte ein volksdeutscher Beamter, der Kulski vom Hörensagen gut kannte und sich freute, den Bürgermeister persönlich kennenzulernen. Nach zwei Tagen wurde Kulski zusammen mit dem Direktor der Stadtdruckerei und anderen Verhafteten entlassen. Die Bestrafung wurde Stadthauptmann Leist überlassen, der den Fall sofort zu den Akten legte.¹⁰⁰

Der zweite Bürgermeister von Lublin, Kazimierz Janicki, wurde ebenfalls von der Sipo überwacht, obwohl er von seinen polnischen Mitarbeitern als ein den Deutschen gegenüber loyaler Beamter wahrgenommen wurde. Zum ersten Mal wurde sein Haus 1940 durchsucht, als er noch nicht Ortsvorsteher, sondern Leiter der Finanzabteilung war. 1943, als er bereits seit über einem Jahr das Bürgermeisteramt bekleidete, wurde er zu einem Verhör vorgeladen. Dort fragten ihn die Beamten, was er lese und wofür er sich interessiere, warum er nicht vor den Deutschen geflohen sei, wer seine Eltern waren und ob es in seiner Familie Juden gebe.

⁹⁹ Kulski, *Z minionych lat życia*, S. 292–298.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 298–301.

Anschließend musste er die Geburtsurkunden seiner Eltern vorlegen, die in Lemberg geboren waren.¹⁰¹

Bürgermeister Rybicki half Personen, die durch die Sipo gefährdet waren. Dazu zählte unter anderem der Vorkriegsbürgermeister Jan Szczodrowski. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vereins der Polnischen Händler Bolesław Rylski gelang es Rybicki den Vorkriegsbürgermeister als den Verkaufsleiter in der Firma *Silemin* einzustellen. Diese versorgte die Bevölkerung mit Kohle und arbeitete mit der Stadtverwaltung zusammen. Ebenso fanden Szczodrowskis zwei Söhne und seine Tochter entweder bei der Stadtverwaltung oder bei privaten Firmen eine Anstellung. Dank Rybicki konnte Szczodrowski auch weiterhin in seiner Beamtenwohnung leben.¹⁰² Ebenso half er dem Senator Dominik Zbierski, den er bei der Genossenschaft *Spolem* einstellte.¹⁰³

Von den in dieser Studie untersuchten Bürgermeistern wurden vier im KZ Auschwitz interniert. Zwei von ihnen, Stefan Tyll und Stanisław Pasteczko, starben dort. Zwei weitere, Alfons Waniorek und Stanisław Zdanowski, wurden in andere KZ verlegt; Waniorek ins KZ Mauthausen und Zdanowski ins KZ Sachsenhausen. Tyll und Pasteczko arbeiteten in Gemeinden im Distrikt Radom. Sie wurden 1941 bei Massenverhaftungen festgenommen und starben nach einigen Monaten im Lager. Offensichtlich wurden sie nicht wegen ihrer Tätigkeit als Bürgermeister, sondern als Vertreter der polnischen Intelligenz bzw. des Widerstands verhaftet. Tyll hatte am 6. September 1939 den Radomer Bürgermeister Józef Grzecznarowski abgelöst und bekleidete das Amt bis zu seiner Verhaftung Ende Januar 1941. Am 24. und 25. Januar verhaftete die Sipo in Radom insgesamt 268 Personen. Darunter waren auch Beamte der Stadthauptmannschaft und der Stadtverwaltung, des Distriktsamts, der Deutschen Post Osten, der Ostbahn, der Radomer Waffenfabrik und des Telegrafenamts. Der Anlass für die Massenverhaftung war ein angeblicher Appell eines „Oberkommandanten der Heimatverteidiger“, der zu Sabotageakten am 29. Januar, anlässlich des Januaraufstandes von 1863, aufgerufen haben sollte. Nach der Verhaftung wurde Tyll mit anderen Personen ins KZ Auschwitz deportiert, wo er am 25. Februar 1941 in einem Transport mit 290 Häftlingen ankam. Er erhielt die Häftlingsnummer 1057 und verstarb genau drei Monaten nach seiner Ankunft am 25. Mai 1941.¹⁰⁴

101 Protokół, 13.9.1944, AIPN Lu 315/157, Bl. 86.

102 Rybicki, Pod znakiem Iwa i kruka, S. 70–71.

103 Ebenda, S. 91.

104 Helena Tyll, Akta Osobiste, APR; Piątkowski, Radom w latach wojny i okupacji, S. 89, 94, 154; Stefan Tyll, APMA-BO; Adam Cyra / Sebastian Piątkowski, Transport radomski do KL Auschwitz z dnia 25 lutego 1941 roku, Zeszyty Oświęcimskie 23 (2002), S. 92–111; Seidel, Deutsche Besatzungspolitik, S. 193.

Pasteczko, der 1940 zum Bürgermeister von Kielce gewählt wurde, bekleidete das Amt bis zu seiner Verhaftung im Juni 1941. Er wurde zusammen mit dem Vorsitzenden des Judenrats Mojżesz Pelc, dem Leiter der Personalabteilung der Stadtverwaltung Jan Ziemba, dem Direktor des Stadtkrankenhauses Marian Gustek und weiteren Personen verhaftet, die entweder den polnischen Widerstand mit Dokumenten versorgt, die Erfassung junger Zwangsarbeiter sabotiert oder Juden gefälschte Dokumente ausgestellt hatten. Pasteczko wurde zunächst drei Wochen im Gefängnis in Kielce festgehalten, dann nach Radom transportiert und am 30. Juni 1941 in einem Transport mit 306 weiteren Häftlingen ins KZ Auschwitz deportiert, während sein Nachfolger Bogdanowicz schon im Mai 1941 als Bürgermeister Dokumente signierte. Im KZ Auschwitz erhielt Pasteczko die Häftlingsnummer 19024. Am 13. November 1941 wurde er dort von einem SS-Aufseher erschossen, der annahm, dass Pasteczko fliehen wollte. Tatsächlich wollte der ehemalige Kielcer Bürgermeister nur seinen Schuh zurückholen, den er bei der Arbeit verloren hatte. Als Todesursache vermerkte der Arzt Heschl „Gehirnschlag“.¹⁰⁵

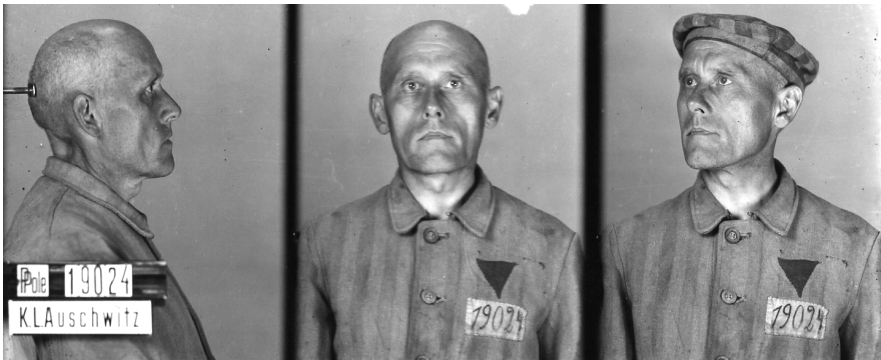


Abb. 22: Stanisław Pasteczko, APMA-BO.

In der AB-Aktion und nachfolgenden Aktionen, die gegen die polnische Intelligenz als das Fundament des Widerstands gerichtet waren, wurden weitere Bürgermeister verhaftet und ermordet. Der erste Besatzungsbürgermeister von Piaseczno, Paweł Lukiewicz, wurde zusammen mit seinem Amtsvorgänger Mieczysław Markowski, der das Bürgermeisteramt bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs beklei-

¹⁰⁵ Der Kommunalbeamte Stanisław Pasteczko, APMA-BO, Nr. 4151/1941, Bl. 1143; Zugänge am 30. Juli 1941, APMA-BO, Bl. 290–291; Bender, In Enemy Land, S. 90, 107–108; An Herrn Stadthauptmann, 13.5.1941, APKi, AMKi, Bd. 2651, Bl. 3; Jan Sikorski, Mojżesz Pelc, in: Przegląd lekarski 45 (1998), S. 180–181.

det hatte, im Juni 1940 in Palmiry erschossen.¹⁰⁶ Der Vorkriegsbürgermeister von Skarżysko-Kamienna, Franciszek Tatkowski (1894–1940), wurde Ende Januar 1940 verhaftet und im Rahmen der AB-Aktion am 4. Juli ermordet, genauso wie der ehemalige Vizebürgermeister Marian Maciejewski.¹⁰⁷ Michał Wazowski, der von 1932 bis 1940 das Amt des Bürgermeisters von Zamość bekleidete, wurde im September 1941 zusammen mit seinem Sohn sowie dem Bürgermeister von Szczebrzeszyn Jan Borucki, dem Mitarbeiter der Szczebrzeszyner Stadtverwaltung Ksawery Leszczyński und dem Sekretär des Burgergerichts Lucjan Drozd in Zamość erschossen.¹⁰⁸ Wann genau Wazowski seines Amtes enthoben wurde, ist nicht bekannt. Der Kreishauptmann von Zamość, Helmuth Weißenmaier wusste von der Sipo bereits im Juni 1940, dass Wazowski mit dem Widerstand zusammenarbeitete, aber er entschied, ihn im Amt zu behalten, weil „andere geeignete Persönlichkeiten zur Verwaltung der Stadt Zamość nicht vorhanden waren“. Nach Wazowskis Erschießung wurde der Gymnasiallehrer Otto Werner zum Bürgermeister ernannt.¹⁰⁹

Jan Borucki war zwar der einzige Bürgermeister von Szczebrzeszyn, der erschossen wurde, aber nicht der Einzige, der seines Amtes enthoben und verhaftet wurde. Vor Borucki, der aus dem Posener Gebiet nach Szczebrzeszyn umgesiedelt wurde, hatte Jan Franczak das Bürgermeisteramt bekleidet, den die Sipo bereits am 9. Juni 1940 zusammen mit dem Gymnasialdirektor Wiktor Józwiakowski verhaftete. Franczak kehrte erst am 23. November 1940 nach Szczebrzeszyn zurück und sah „psychisch und physisch wie ein Wrack des Menschen“ aus. Er wurde in den Gefängnissen in Zamość und Lublin und anschließend im KZ Oranienburg und dem KZ Dachau festgehalten.¹¹⁰ Boruckis Nachfolger, Józef Hejno, der vom Beruf Schmied war, blieb nur wenige Wochen im Amt. Im Juli 1941 ersetzte ihn Andreas Krause aus Cieszanów, den Klukowski als einen Volksdeutschen und Ukrainer beschrieb. Er verhielt sich den Besatzern gegenüber durchaus loyal, wurde Anfang Juli 1943 jedoch trotzdem festgenommen und in einem Lager in Zwierzyńiec interniert.¹¹¹

Stanisław Zdanowski, der das Amt des Bürgermeisters von Siedlce seit dem 11. Juli 1942 bekleidete, wurde an seinem Geburtstag am 31. März 1943 in seinem Büro

106 Ewa Bagieńska / Włodzimierz Bagieński, *Drugie szkice z dziejów Piaseczna*, Piaseczno 2008, S. 204; Liste der Amtierenden, 12.2.1940, APM, AMPi, Bd. 3212, Bl. 35.

107 Krzysztof Zemeł, Tatkowski Franciszek (1894–1940), in: Krzysztof Zemeł (Hrsg.), *Skarżyski Słownik Biograficzny*, Skarżysko-Kamienna 2008, S. 246–247.

108 Jacek Feduszka, *Ostatni burmistrz przedwojennego Zamościa*. Michał Wazowski (1882–1941), <https://muzeum-zamojskie.pl/wp-content/uploads/2009/10/burmistrzowie-cz.-6.pdf> (30.3.2021); Klukowski, *Zamojszczyzna*, Bd. 1, S. 251–252.

109 An den Herrn Chef des Distrikts, 1.10.1940, APL, AML, Bd. 71, Bl. 23.

110 Klukowski, *Zamojszczyzna*, Bd. 1, S. 204.

111 Ebenda, S. 224, 236, 318, 358.

verhaftet, weil er eine Beerdigung für 27 Personen vorbereitet hatte, die bei den Deportationen aus Zamość gestorben waren. Diese Beerdigung, die für den 3. Februar 1943 geplant war, alarmierte die Sipo, die befürchtete, dass sich die Beerdigung in eine antideutsche Demonstration verwandeln könnte. Infolge der Verhaftung verloren Zdanowskis Frau und seine drei Kinder ihre Wohnung in der Bolesław Prus Straße 10 und er selbst jegliche „Ansprüche auf Ruhegeld oder sonstige Bezüge“, wie das Amt des Chefs des Distrikts Warschau an den Kreishauptmann in Siedlce, Friedrich Seemann, schrieb. Das Distriktamt erklärte weiterhin, dass Zdanowski verhaftet werden musste, weil er „nicht mehr die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit rückhaltlos in Gehorsam gegenüber der deutschen Verwaltung seine Dienstobliegenheiten gewissenhaft erfüllen wird“. Nach einem Aufenthalt im Gefängnis in Siedlce wurde er ins Pawiak Gefängnis in Warschau gebracht und von dort am 15. Mai 1943 ins KZ Auschwitz deportiert. Dort erhielt er die Nummer 121673. Als Häftling in Auschwitz konnte er seiner Frau Emilia zwei Mal im Monat Briefe schicken und von ihr Päckchen erhalten. Die Briefe mussten auf Deutsch geschrieben werden, damit sie überprüft werden konnten. Ende Oktober 1944 wurde er ins KZ Sachsenhausen und am 4. April 1945 ins KZ Schwarzheide verlegt. Kurz vor Kriegsende wurde er auf einen Todesmarsch in Richtung Sudeten geschickt, wo er im Mai in Neustadt an der Tafelfichte befreit wurde. Am 13. Mai 1945 stellte ihm die Stadtverwaltung von Neustadt eine Bescheinigung aus, die ihm die Rückreise zu seiner Heimatstadt Siedlce erleichtern sollte. Da er sich aufgrund der durchlebten Torturen in einem schlechten Gesundheitszustand befand, musste er seine Reise nach Siedlce in Legnica unterbrechen. Sein Sohn wurde ähnlich wie der von Kulski beim Warschauer Aufstand gefangen genommen und anschließend im Häftlingslager Sandbostel interniert. Er kam bei der Bombardierung von Hamburg ums Leben.¹¹²

Die Verhaftung von Konstanty Kozakiewicz, dem Bürgermeister von Przedbórz, erfolgte aufgrund eines generellen Verdachts der Zusammenarbeit mit dem Widerstand. Die genauen Umstände sind aus seinem Tagebuch bekannt. Am 13. März 1941, seinem Geburts- und Namenstag, kam der Gendarm Rennspiess mit einem Hilfspolizisten bei der Stadtverwaltung vorbei. Sie fragten Kozakiewicz über verschiedene Mitarbeiter aus und notierten deren Adressen, darunter auch die des Bürgermeisters. Bereits am darauffolgenden Tag in der Früh wurde Kozakiewicz in seiner Wohnung von zwei Ordnungspolizisten festgenommen. Auf der Polizeistation begrüßte ihn ein Sicherheitspolizist mit den Worten: „Oh, der Bürgermeister der schönen Stadt Przedbórz!“. Darauf habe der Verhaftete geantwortet: „Sie war schön, bevor sie der Krieg zerstört hat“. Dieser Kommentar regte den Po-

112 Stanisław Zdanowski, *Zaświadczenia*, AMRS; Stanisław Zdanowski, *Listy z Oświęcimia*, AMRS.

lizisten etwas auf. Er kam auf die Zusammenarbeit der Bevölkerung mit dem Widerstand zu sprechen und fragte Kozakiewicz, in welchen Organisationen er vor dem Krieg gewesen war. Neben dem Bürgermeister wurden auch weitere Mitarbeiter der Kommunalverwaltung im Kreis Przedbórz wie der Vogt Michał Kamiński verhaftet. Noch am selben Tag wurden Kozakiewicz und andere Verhaftete in das Gefängnis in Kielce überstellt.¹¹³

Dort wurde er zusammen mit mehr als 20 Häftlingen in eine Zelle gesperrt. Neben Kriminellen befanden sich in seiner Zelle Förster, Lehrer, ein Stadtverwaltungssekretär und der Direktor der Landwirtschaftlichen Bank (Bank Rolniczy). Die Verpflegung und die sanitäre Lage waren katastrophal. Da als Toilette für die ganze Zelle nur ein Eimer zur Verfügung stand, stank die Zelle fürchterlich. Alle paar Stunden wurde ein Häftling aus der Zelle zum Verhör geholt. Während der Verhöre wurden einige Häftlinge so heftig geschlagen, dass sie nicht in der Lage waren, mit eigenen Kräften zurückzukehren. Einige gaben zu, dass sie Widerstandszeitungen lasen oder wie sie in ihren Besitz gekommen waren. Am 24. März wurde Kozakiewicz verhört. Er wurde unter anderem danach gefragt, ob er wisse, dass englische Flugzeuge über dem Radomer Distrikt Flugblätter für die polnische Bevölkerung abgeworfen hätten und ob er polnische illegale Organisationen kenne. Da ihm von den Flugblättern bereits der Kreishauptmann erzählt hatte und er keine Untergrundorganisationen kannte, wurde er nach dem Verhör entlassen und konnte sein Bürgermeisteramt weiter bekleiden.¹¹⁴ Im Frühling 1944 wurde er zum zweiten Mal festgenommen. Zum einen, weil er sich geweigert hatte, die Kuh einer armen Familie zu konfiszieren. Zum zweiten, weil er keine Arbeiter zum Bau der Befestigungen gegen die anrückende Rote Armee gestellt hatte. Er wurde von der Haft erst entlassen, als sich einige Stadtbewohner freiwillig zur Arbeit an den Befestigungsanlagen meldeten.¹¹⁵

Einige Bürgermeister und Vögte wurden wegen Bestechung oder Schwarzhandel angeklagt. Der Ortsvorsteher von Łopiennik, Stanisław Sawa, wurde wegen Schwarzschlachtung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt und seines Amtes enthoben. Zu seinem Nachfolger ernannte der Kreishauptmann von Lublin-Land Stefan Pyndus.¹¹⁶ Der Bürgermeister von Ostrów Lubelski, Józef Ziernicki, wurde von einem Sondergericht wegen Bestechung angeklagt. Da der Vertreter der Staatsanwalt die Anklage zurückzog, beantragte Ziernicki die Nachzahlung „seiner mit dem Tag seiner Festnahme eingestellten Dienstbezüge und Wiedereinsetzung

113 Kozakiewicz, *Pamiętnik burmistrza miasta Przedborza*, S. 137–139.

114 Ebenda, S. 140–143.

115 Ebenda, S. 21.

116 Strafverfahren gegen den Bürgermeister, 5.6.1941, APL, GDL, Bd. 76, Bl. 6; Bürgermeister in Łopiennik, 26.6.1941, APL, GDL, Bd. 76, Bl. 7.

als Bürgermeister“.¹¹⁷ Der Kreishauptmann stimmte dem jedoch nicht zu, weil „Ziernicki nicht nachgewiesen hat, dass er wegen erwiesener Unschuld freigesprochen worden ist“.¹¹⁸ Józef Ciastek, der Vogt der Gemeinde Dwikozy, wurde aus politischen Gründen für einige Monate im Gefängnis festgehalten, ohne den Grund seiner Verhaftung zu erfahren.¹¹⁹ Adela Pater, die Schwester des Bürgermeisters von Sandomierz Bronisław Pater, kam im KZ Auschwitz um. Die Umstände ihrer Verhaftung und ihres Todes sind unbekannt.¹²⁰

Ähnlich wie Starzyński wurden weitere polnische Bürgermeister ermordet, die das Amt bereits zu Beginn des Krieges oder sogar noch früher niederlegt hatten. Dazu gehörte der Ortsvorsteher von Żelachów, Ludwik Pudło, der Kommandant des ZWZ in seiner Stadt war. Die Gestapo ermordete ihn am 7. Juli 1942.¹²¹ Kazimierz Czyżewski, der vor dem Krieg als Bürgermeister von Rawicz, Grodzisk Mazowiecki und Mogilno gedient hatte, war von Oktober 1942 bis Juli 1944 im KZ Auschwitz inhaftiert und danach bis zur Befreiung im KZ Buchenwald.¹²² Einige Bürgermeister, die ins KZ Auschwitz deportiert wurden, überlebten das Lager. Zu ihnen gehörte Waclaw Radomski, der Bürgermeister von Kraśnik. Er wurde zusammen mit anderen Häftlingen aus Lublin am 24. Mai 1941 ins KZ Auschwitz gebracht und am 2. Juni 1942 entlassen.¹²³

Repressionen gegen die Stadtverwaltungen

Beamte und Angestellte der Stadt- und Kommunalverwaltungen wurden ähnlich wie Bürgermeister von den Besatzern überwacht und verfolgt. Einerseits waren sie für die Besatzer wichtig, andererseits standen sie unter dem Generalverdacht der Zusammenarbeit mit dem Widerstand. Besonders gefährdet waren Beamte, die in Abteilungen wie dem Melde- und Wohnungsamt arbeiteten, weil diese dem Widerstand und seltener auch Juden halfen. Ähnlich wie die Kreis- und Stadthauptmänner ihre Bürgermeister vor der Sipo schützten, so setzen sich manchmal die Ortsvorsteher für ihre Mitarbeiter ein. Bürgermeister konnten ihren Einfluss ebenfalls nutzen, um ihren Familienangehörigen oder Bekannten zu helfen.

117 Strafverfahren gegen den ehemaligen Bürgermeister, 12.2.1942, APL, GDL, Bd. 78, Bl. 8.

118 Strafverfahren gegen den ehemaligen Bürgermeister, 2.9.1942, APL, GDL, Bd. 78, Bl. 3.

119 Sobolewski, *Pamiętnik*, Bd. 1, S. 57.

120 Bronisław Pater, *Akta Osobowe*, APSa, Bl. 8.

121 Aufklärung von N.S. Gewaltverbrechen, 20.6.1962, BAL, B 162/6820, Bl. 3; Waclaw Janicki, *Armia Krajowa w Żelechowie (1939–1944). Początki organizacji*, in: *Rocznik Lubelski* 27–28 (1985–1986), S. 264, 267.

122 Kazimierz Czyżewski, *AŻIH*, 301/5763, Bl. 1–2.

123 Zugänge, 24.5.1941, APMA-BO, Bl. 205; Entlassene Häftlinge, 2.6.1942, APMA-BO, Bl. 437.

Gleichzeitig ermittelten sie aber auch gegen Mitarbeiter, die betrogen. Das Spektrum von Tätigkeiten, die als Widerstand interpretiert wurden, war sehr breit gefächert.

Der Vizebürgermeister von Warschau, Henryk Pawłowicz, schätzte, dass während der Besatzung über 1.000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung verhaftet, ins KZ deportiert oder ermordet wurden. Das entsprach 3,3 Prozent aller Mitarbeiter.¹²⁴ Mitarbeiter der Finanzabteilung der Stadtverwaltung Warschau, die für die Besatzer besonders wichtig war, wurden keinen Repressionen ausgesetzt.¹²⁵ Der Leiter der Finanzabteilung Aleksander Ivánka konnte dank seiner Kontakte sogar die Tochter des Hausmeisters seiner Abteilung vor der Deportation als Zwangsarbeiterin nach Deutschland retten.¹²⁶ Anders verhielt es sich bei dem Meldeamt. Roman Brodziński, der Leiter der Zweigstelle in der Nowogrodzka Straße, wurde verhaftet, weil er der Jüdin Berta Lindeman einen Ausweis auf den Namen Bronisława Lewańska ausgestellt hatte. Zusammen mit ihm wurden seine Frau Jadwiga und deren Freundin Ludwika Rybacka verhaftet und verhört, weil sie bezeugt hatten, dass Lindemann keine Jüdin war. Was mit Edward, Jadwiga und Ludwika nach ihrer Verhaftung geschah, ist nicht bekannt.¹²⁷

Unter den Mitarbeitern der Stadthauptmannschaft gab es Personen, die für die Angestellten der Stadtverwaltung besonders gefährlich waren. Einer von ihnen war Ernst Dürrfeld, der vor dem Krieg Oberbürgermeister von Saarbrücken gewesen war. Er war dafür verantwortlich, dass mehrere polnische Mitarbeiter in Konzentrationslager deportiert wurden. Sein Vorgesetzter Leist versuchte ihn zu beschwichtigen.¹²⁸ Leists Interventionen nach Dürrfelds Denunziationen waren jedoch nicht immer erfolgreich. Mehrmals erwähnte er gegenüber Kulski, dass er als Mitarbeiter der Zivilverwaltung zwar Einfluss auf seine Mitarbeiter ausüben, aber bei der Orpo und insbesondere bei der Sipo nur eingeschränkt intervenieren konnte.¹²⁹ Im Warschauer Stadtarchiv finden sich mehrere Schreiben Kulskis an den Stadthauptmann, in denen er Leist über die Verhaftungen von Mitarbeitern der Stadtverwaltung informierte. In der Regel setzte er die Schreiben unmittelbar nach der Inhaftierung der Betroffenen auf.¹³⁰ Damit seinen Mitarbeitern die harten Strafen anderer Behörden erspart blieben und er sie schützen konnte, bean-

124 Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 37.

125 Ivánka, *Wspomnienia skarbowca*, S. 440.

126 Ebenda, S. 466–467.

127 Vernehmungen von Roman Brodziński, Jadwiga Brodzińska und Ludwika Rybacka, 26–29.1.1942, APW, Sondergericht Warschau, Bl. 20–32.

128 Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 51.

129 Kulskis Aussagen, 28.1.1947, AIPN, GK 196/77, Bd. 7, Bl. 142–144.

130 APW, KBMW, Bd. 330.

spruchte Kulski als ihr oberster Dienstherr ihre Bestrafung für sich. Wegen der milden Bestrafung seiner Mitarbeiter beschwerten sich wiederum Fribolin und Dürrfeld bei ihm.¹³¹

Der Vizebürgermeister Pawłowicz wurde zusammen mit fünf weiteren Leitern, Vizeleitern und anderen Mitarbeitern verschiedener Stadtverwaltungsabteilungen verhaftet. Alle wurden während ihres Dienstes festgenommen und in zwei benachbarte Zellen im Pawiak Gefängnis gesperrt. Man warf ihnen vor, trotz ihres abgegebenen Loyalitätseids mit dem Widerstand in Kontakt zu stehen. Vom Pawiak Gefängnis aus wurden sie ins Gefängnis Montelupich in Krakau gebracht. Ein halbes Jahr später wurden sie von dort ins KZ Groß-Rosen deportiert. Neben Pawłowicz überlebte nur der Vizeleiter der Abteilung Meldewesen Józef Mazur die Haftzeit.¹³²

In Krakau wurden insgesamt 159 polnische Mitarbeiter der Stadtverwaltung von den Besatzern ermordet, was 3,2 Prozent aller Mitarbeiter der Stadtverwaltung entsprach. Alleine am 17. und 18. April 1942, als die Sipo in Krakau polnische Offiziere festnahm, wurden 35 polnische Beamte verhaftet und ins KZ Auschwitz deportiert. Der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Jan Grabowski ging davon aus, dass die Stadthauptmänner Rudolf Pavlu und Josef Krämer den polnischen Mitarbeitern nicht helfen wollten.¹³³ Ende August 1942 drohte Pavlu, drei polnische Beamte der Krakauer Stadtverwaltung als Zwangsarbeiter nach Deutschland zu deportieren, weil jemand eine deutsche Flagge auf dem Rathaus beschädigt hatte.¹³⁴ In Przedbórz wurden am 2. Oktober 1941 dreizehn Personen verhaftet, unter ihnen der Vizebürgermeister Antoni Żurawski. Als Reaktion darauf befestigte der Przedbórzser Bürgermeister Konstanty Kozakiewicz am Dach seines Hauses eine Leiter, über die er schnell auf das Haus steigen und sich über das Dach einer benachbarten Fabrik in Sicherheit bringen konnte.¹³⁵ In Kressendorf wurde im August 1943 ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung verhaftet, weil er zusammen mit einem Lehrer illegale Presseerzeugnisse verbreitete.¹³⁶

In Sandomierz fanden im März 1942 Massenverhaftungen statt, mit denen die Sipo eine Widerstandsorganisation liquidieren wollte. Um die verdächtigten Personen aufzuspüren, benutzte die Gestapo Meldebücher der Stadtverwaltung. Unter den Festgenommenen waren auch einige Mitarbeiter des Magistrats. Bis Ende März 1942 wurden in Sandomierz insgesamt etwa 500 Personen festgenommen.

¹³¹ Kulskis Aussagen, 28.1.1947, AIPN, GK 196/77, Bd. 7, Bl. 154.

¹³² Pawłowicz, *Okupacyjne dzieje samorządu*, S. 188.

¹³³ Grabowski, *Kraków w latach okupacji*, S. 14–15.

¹³⁴ Kubalski, *Niemcy w Krakowie*, S. 229.

¹³⁵ Kozakiewicz, *Pamiętnik burmistrza miasta Przedborza*, S. 156.

¹³⁶ Fajarski, *Kronika miasta Krzeszowic*, S. 36.

Bereits Ende Januar 1942 suchte die Gestapo nach den beiden Söhnen des Stadtarztes Wincenty Sobolewski.¹³⁷ Im Oktober 1943 wurden zwei polnischen Beamtinnen in Dębica wegen intimen Beziehungen mit Deutschen die Köpfe geschoren.¹³⁸

In Tschenstochau wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung ähnlich wie in Sandomierz im Zuge größerer Verhaftungen festgenommen. Einige Details sind in den Memoiren des Bürgermeisters Rybicki überliefert. Zu der ersten Massenverhaftung kam es in Tschenstochau am 11. November 1939, dem polnischen Unabhängigkeitstag. Aus diesem Anlass wurden drei Abteilungsleiter der Stadtverwaltung inhaftiert. Zu Beginn der Besatzung wurden auch der Bürgermeister Jan Szczodrowski und sein Vertreter Józef Dziuba festgenommen die gerade aus Warschau nach Tschenstochau zurückgekehrt waren.¹³⁹ Anfang Juni 1940 wurden in Tschenstochau etwa 60 Personen, darunter fünf Mitarbeiter der Stadtverwaltung und ein Vorkriegsvicebürgermeister festgenommen.¹⁴⁰ Weitere Mitarbeiter der Tschenstochauer Stadtverwaltung verhaftete die Gestapo 1943. Barbara Balcer wurde zwei Monate in Haft gehalten. Der Mitarbeiter der Finanzabteilung Jan Guziuk verstarb im KZ Auschwitz. Ein weiterer Angestellter Karol Kanus wurde in Plawno erschossen.¹⁴¹

Für die Überführung der Asche einer in einem KZ verstorbenen Person war die Zustimmung des Bürgermeisters notwendig. Am 25. August 1941 bestätigte der Bürgermeister von Bochnia, Franciszek Grzesik, dass er gegen die Überführung der „Asche des in Auschwitz verstorbenen Mazurkiewicz Marian“ keine Bedenken erhob und dass sie „am hiesigen Friedhofe begraben wird“.¹⁴² Am 17. Februar 1941 erhielt der Bürgermeister von Przedbórz Kozakiewicz drei Schreiben vom KZ Buchenwald. Darin wurde ihm mitgeteilt, dass er bald drei Urnen mit der Asche des Richters Jerzy Biriukowicz, des ehemaligen Bürgermeisters Jan Kierkuś und des Lehrers und Kommandanten der Feuerwehr Zdzisław Widel kostenlos erhalten würde. Alle drei waren bereits im August 1940 verhaftet worden. Die Stadtverwaltung war verpflichtet, die Beerdigungen selbst zu organisieren und die Urnen den Familien nicht auszuhändigen. Die Urnen hatten die Form eines Artilleriegeschosses. Die sterblichen Überreste der drei Ermordeten wurden in der Stadtbibliothek auf einen Katafalk gestellt und nach einem Trauergottesdienst gemeinsam beigesetzt.¹⁴³

137 Sobolewski, *Pamiętnik*, Bd. 1, S. 132–133, 143–149.

138 Kubalski, *Niemcy w Krakowie*, S. 301.

139 Rybicki, *Pod znakiem*, S. 48.

140 Ebenda, S. 92.

141 Ebenda, S. 222.

142 Bescheinigung!, 25.8.1941, ANB, AMB, Bd. 921, Bl. 171.

143 Kozakiewicz, *Pamiętnik burmistrza miasta Przedborza*, S. 130–131, 136–137.